

Antrag auf raumordnerische Beurteilung für die Erweiterung des Kiesabbaus in Ostrach Teil C - Raumordnerische Belange außerhalb des Umweltbereichs

**Norderweiterung des Kiesabbaus Ostrach,
Gemarkung Jettkofen, Gemeinde Ostrach, Landkreis Sigmaringen**

**Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG
Jettkofer Str. 2
88356 Ostrach**

Auftragnehmer: DÖRR INGENIEURBÜRO
Siebenmühlenstraße 36
70771 Leinfelden-Echterdingen
Telefon 0711 / 99 76 07 - 60
Telefax 0711 / 99 76 07 - 80
Email info@doerrib.de
Internet www.doerrib.de

Projektleitung: Axel Dörr (Dipl.-Geol.)
Bearbeitung Lutz Schmelzle (Dipl.-Biol.)

erstellt für: Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG
Jettkofer Str. 2
88356 Ostrach

Inhalt

1	Einleitung.....	1
2	Allgemeine raumstrukturelle Gesichtspunkte	2
2.1	Lage der Vorhabensfläche im Raum.....	2
2.1.1	Raumkategorien.....	2
2.1.2	Lage zu zentralen Orten und Entwicklungsachsen	4
2.1.3	Lage im Freiraum	7
2.2	Auswirkungen des Vorhabens	10
3	Siedlungsstruktur	12
3.1	Leitbild für die Siedlung.....	13
3.2	FNP Ostrach	14
3.3	Auswirkungen der Vorhabensfläche auf vorhandene und geplante Siedlungen	15
3.3.1	Ausschlussbereiche	16
4	Gewerbliche Wirtschaft, Rohstoffsicherung.....	17
4.1	Industrie und Gewerbe	17
4.2	Dienstleistungseinrichtungen	19
4.3	Windenergie.....	20
4.4	FNP Ostrach	21
4.5	Rohstoffwirtschaft	21
4.6	Auswirkungen des Vorhabens auf die gewerbliche Wirtschaftsstruktur und den Fremdenverkehr	24
5	Regionale Freiraumstruktur	26
5.1	Landwirtschaft.....	26
5.1.1	Bestand	26
5.1.2	Grundsätze und Entwicklungsziele.....	33
5.1.3	Auswirkungen des Vorhabens auf die Landwirtschaft	33
5.2	Forstwirtschaft	35
5.2.1	Grundsätze und Entwicklungsziele.....	35
5.2.2	Bestand und Auswirkungen	35
6	Infrastruktur	36
6.1	Verkehrswesen	37

6.1.1	Verkehrsinfrastruktur	37
6.1.2	Auswirkungen des Vorhabens auf die Verkehrsinfrastruktur	41
6.2	Versorgungsinfrastruktur	42
6.2.1	Post- und Fernmeldewesen, Kommunikationstechnik	42
6.2.2	Energieversorgung	42
6.2.3	Sonstige Ver-/Entsorgungseinrichtungen	44
6.2.4	Auswirkungen des Vorhabens auf Ver- und Entsorgungseinrichtungen	45
6.3	Verteidigung	46
7	Zusammenfassung	47

Abbildungen

Abbildung 5:	Ausschnitt aus der Strukturkarte des Regionalplans	5
Abbildung 6:	Ausschnitt Raumnutzungskarte des Regionalplans (1996) mit eingezeichneter Vorhabensfläche (gelb) östlich Jettkofen	7
Abbildung 7:	Ausschnitt aus dem Teilregionalplan „Oberflächennahe Rohstoffe“ 2003 mit eingezeichneter Vorhabensfläche (grün)	8
Abbildung 8:	Erweiterungsfläche (grün) und umliegende Wasserschutzgebiete (blaue Schraffur) bzw. Überschwemmungsgebiet (dunkelblau)	9
Abbildung 9:	Ausschnitt aus dem FNP Ostrach (2014)	15

1 Einleitung

Im Raumordnungsverfahren (ROV) werden auch die raumbedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens außerhalb des Umweltbereiches geprüft.

Es wird untersucht, ob das geplante Vorhaben mit den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung vereinbar ist.

Es werden folgende Raumfaktoren betrachtet:

- Allgemeine raumstrukturelle Gesichtspunkte
- Siedlungsstruktur
- Gewerbliche Wirtschaft, Rohstoffsicherung
- Regionale Freiraumstruktur:
 - Landwirtschaft
 - Forstwirtschaft
 - Rohstoffabbau
- Infrastruktur
 - Verkehrswesen
 - Versorgungsinfrastruktur

Grundlage sind u.a. der Regionalplan „Bodensee-Oberschwaben“ von 1996 und seine Änderungen, der Landesentwicklungsplan (LEP) sowie ggf. der Entwurf des Flächennutzungsplanes (FNP) Ostrach 2015.

In der raumordnerischen UVU werden die für den Bereich der Norderweiterung relevanten Planinhalte aus Regionalplan und FNP dargestellt. Die Vereinbarkeit der Norderweiterung mit den jeweiligen anderen Planzielen wird geprüft. Die zu erwartenden Auswirkungen durch das Vorhaben werden dargestellt und ggf. Empfehlungen zu ihrer Verminderung vorgeschlagen.

Das geplante Vorhaben findet in der freien Landschaft statt. Der Schwerpunkt liegt daher bei den Belangen des Freiraums mit seinen Entwicklungspotenzialen. Für jeden Raumfaktor wird eine einheitliche Vorgehensweise gewählt:

1. Lage der Vorhabensfläche zu den jeweils betrachteten Raumfaktoren und deren Bedeutung.
2. Darstellung der vorhabensrelevanten Entwicklungsziele des gültigen Regionalplans.
3. Abschätzung möglicher Auswirkungen und Beurteilung der Konflikte anhand der Ziele und Grundsätze des Regionalplans.

Ein vorab abgegrenzter Untersuchungsraum für alle Raumfaktoren wird nicht definiert. Der Untersuchungsraum richtet sich spezifisch nach dem betrachteten Raumfaktor.

2 Allgemeine raumstrukturelle Gesichtspunkte

In diesem Kapitel wird die Lage des Abbauvorhabens zum ländlichen Raum sowie zu den Verdichtungsräumen, zentralen Ortschaften und den nächstgelegenen Siedlungsbereichen einschließlich der geplanten Entwicklungsachsen und der Lage zu potenziellen Nutzerkreisen (Nachfrageschwerpunkte) beschrieben.

Mögliche Auswirkungen auf die Raumstruktur werden genannt und mögliche Konfliktpotenziale dargestellt.

2.1 Lage der Vorhabensfläche im Raum

Das Kiesabbaugebiet (> 70 ha inkl. renaturierter/rekultivierter Flächen) befindet sich zwischen Ostrach und Jettkofen im Ostrachtal (siehe). Östlich schließt das Waldgebiet „Wagenhart“ an. Die Zufahrt erfolgt über die Ortsumfahrung Ostrach. Die Erweiterungsfläche des Kieswerkes liegt nördlich des bestehenden Kieswerkes und umfasst eine Fläche von ca. 13,5 ha. Bei den Flächen handelt es sich um Ackerflächen und geteerte Feldwege.

2.1.1 Raumkategorien

Als Grundsätze für die gesamte Region gelten u.a. (Regionalplan, Plansatz 1.1):

- in der Region sind für alle Bürger gleichwertige Lebensbedingungen anzustreben,
- strukturelle Defizite der Region gegenüber den Verdichtungsräumen im Lande und die Ungleichgewichte innerhalb der Region sollen gemildert werden; insbesondere sind leistungsfähige, siedlungs- und landschaftsschonende Verkehrsnetze zu schaffen.

- die Natur als Lebensraum ist zu bewahren, schädliche Einwirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen wie Wasser, Boden und Luft sind zu vermindern.
- die Vielfalt der Kulturlandschaft ist zu erhalten,
- konkurrierende Raumnutzungsansprüche sind sorgfältig gegeneinander abzuwägen wobei ökologische Kriterien zu berücksichtigen sind. Der Landschaftsverbrauch ist einzudämmen; zusammenhängende, größere Landschaftsteile sollen von Bebauung freigehalten werden
- der Erholungswert der Region ist langfristig zu sichern. Natur- und landschaftsverträgliche Erholungsangebote sind anzustreben.

Zur Begründung dieser Grundsätze gibt der Regionalplan u.a. an:

- Neben ihrer Funktion als Wohn- und Arbeitsstandort ist die Region eine bedeutende **Erholungslandschaft** mit nicht nur für die Region wichtigen naturräumlichen Elementen.
- **gleichwertige Lebensbedingungen:** Für die Region Bodensee-Oberschwaben bedeutet dies, dass insbesondere in strukturschwachen Teilräumen genügend Arbeitsplätze sowie ein Mindestmaß an Versorgung mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen vorhanden sein müssen.
- Auf der anderen Seite besteht in von starkem Wachstum gekennzeichneten Teilräumen der Region... die **Gefahr der zunehmenden Beeinträchtigung der Umwelt.**

Für das Teilgebiet „**Ländlicher Raum**“ gelten zusätzlich folgende Grundsätze (Regionalplan, Plansatz 1.2):

- Zum Abbau des Gefälles innerhalb der Region sind die strukturschwachen ländlichen Areale, insbesondere im Landkreis Sigmaringen und den damit vergleichbaren Räumen in den anderen Landkreisen zu stärken. Dazu soll das Netz von zentralen Orten durch verstärkte Siedlungsentwicklung, Schaffung weiterer Arbeitsplätze und Infrastruktureinrichtungen einschließlich des Anschlusses an den Fernverkehr, sowie kulturelle Angebote gefördert werden.

In den ländlichen Gemeinden ist die Grundversorgung zu sichern.

Zur Begründung dieser Grundsätze gibt der Regionalplan u.a. an:

- Es gibt in großen Teilen des Landkreises Sigmaringen und einzelnen Gemeinden des Landkreises Ravensburg ... immer noch Wanderungsverluste, die nur durch Geburtenüberschüsse ausgeglichen werden. Der Abwanderung von Teilen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der strukturellen Arbeitslosigkeit muss mit regionalplanerischen Mitteln entgegengewirkt werden... Dazu zählen neben der Verbesserung der Verkehrsverbindungen, dem Ausbau des ÖPNV eine aktive Wirtschaftsförderung, ... Darüberhinaus sind in strukturschwachen Gebieten die gezielte Förderung des Fremdenverkehrs als al-

ternative Erwerbsgrundlage und der Abbau von Erschwernissen z.B. bei der Abwasserentsorgung in Streusiedlungslagen besonders wichtig.

2.1.2 Lage zu zentralen Orten und Entwicklungsachsen

Die Lage im Raum wird anhand der Strukturkarte des Regionalplans und des Landesentwicklungsplanes (LEP) 2002 beschrieben.

Danach liegt der geplante Kiesabbau im **ländlichen Raum** im NW-Teil der Region (s. Abbildung 1).

Ostrach ist Kleinzentrum ohne Anbindung an Entwicklungsachsen. Letztere verlaufen im Abstand von ca. 10 km um Ostrach durch die umliegenden Mittel- (Pfullendorf, Bad Saulgau), Unter- (Mengen) und Kleinzentren (Krauchenwies, Herbertingen, Wilhelmsdorf, Altshausen).

Die **Zentralen Orte** sind in der Regel gute Ansatzpunkte für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. In den Kleinzentren soll der häufig wiederkehrende überörtliche Bedarf gedeckt werden:

Begründung: Die örtliche Grundversorgung mit Grundschule und Kindergarten, allgemeinärztlicher Versorgung, Tageseinkauf und Mindestbedienung im öffentlichen Personennahverkehr muss für alle größeren Wohnorte sichergestellt sein... Die Tragfähigkeit für die notwendigen Dienstleistungs- und Versorgungsangebote liegt in der Regel bei 8000 Einwohnern im Einzugsbereich (Gemeinde Ostrach: ca. 6.500 Einwohner¹); im Ländlichen Raum liegen diese Werte aber deutlich darunter, wenn der Zeitaufwand zur Erreichung des nächsten zentralen Ortes unverhältnismäßig hoch ist.

¹ Ww.statistik.baden-wuerttemberg.de: 1985-2011: Einwohnerzahl von ca. 5.000 auf ca. 6.800 ansteigend, seit 2007 bis 2015 wieder leicht fallend.

Antrag auf raumordnerische Beurteilung für die Erweiterung des Kiesabbaus in Ostrach
Teil C - Raumordnerische Belange außerhalb des Umweltbereichs

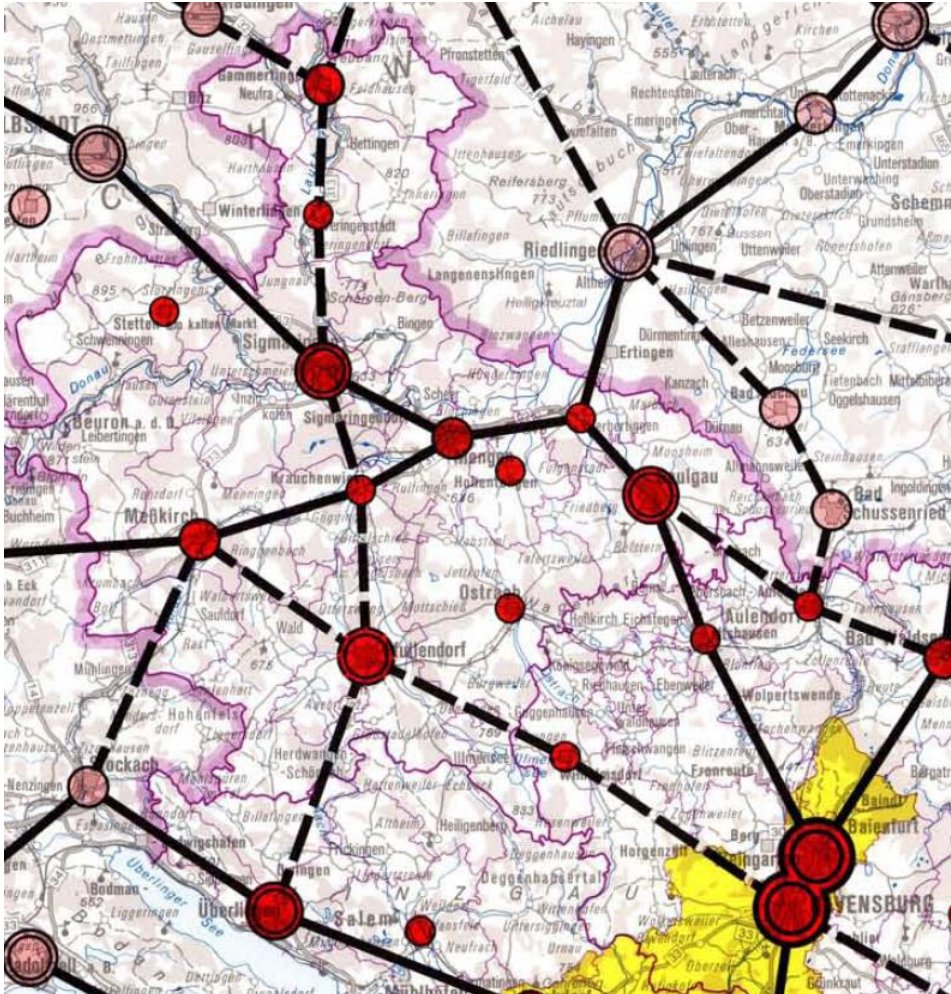


Abbildung 1: Ausschnitt aus der Strukturkarte des Regionalplans

Der Verwaltungsraum Ostrach ist nach Fläche und Anzahl der Bevölkerung der kleinste im Landkreis Sigmaringen. Die Bevölkerungsdichte ist gering (Regionalplan, Tab. 1.1).

Zusätzliches Kleinzentrum ohne Anbindung an Entwicklungsachsen ist Hohentengen bei Mengen (ca. 8 km nördlich Ostrach).

Alle genannten Städte und Gemeinden liegen im ländlichen Raum (Landkreise Sigmaringen, Ravensburg). Der Verdichtungsraum Ravensburg / Friedrichshafen liegt ca. 18 km SO Ostrach.

Ostrach gehört zusammen mit den Verwaltungsräumen Altshausen und Herbertingen zum Verflechtungs-/Mittelbereich „Bad Saulgau“ (weiterführende Schulen, medizinische Fachversorgung, öffentliche Verwaltung, etc.).

Die umliegenden **Entwicklungssachsen** sind:

- Landesentwicklungsachse: B 311 Tuttlingen > Ulm („Donautalachse“) durch Krauchenwies, Mengen, Herbertingen: Anschluss an die Wirtschaftsräume im Westen und Osten.
- Landesentwicklungsachse: B 32 Ravensburg > Sigmaringen („Diagonalachse“) durch Altshausen, Bad Saulgau, Mengen: Anschluss an den Wirtschaftsraum Albstadt / Balingen.
- Regionale Entwicklungssachsen: L 201 (b) Wilhelmsdorf > Pfullendorf und L 456 Pfullendorf > Sigmaringen durch Krauchenwies.

Die regionalen Achsen dienen der Entlastung des Bodenseeraums und der Stärkung des strukturschwachen Raums.

2.1.3 Lage im Freiraum

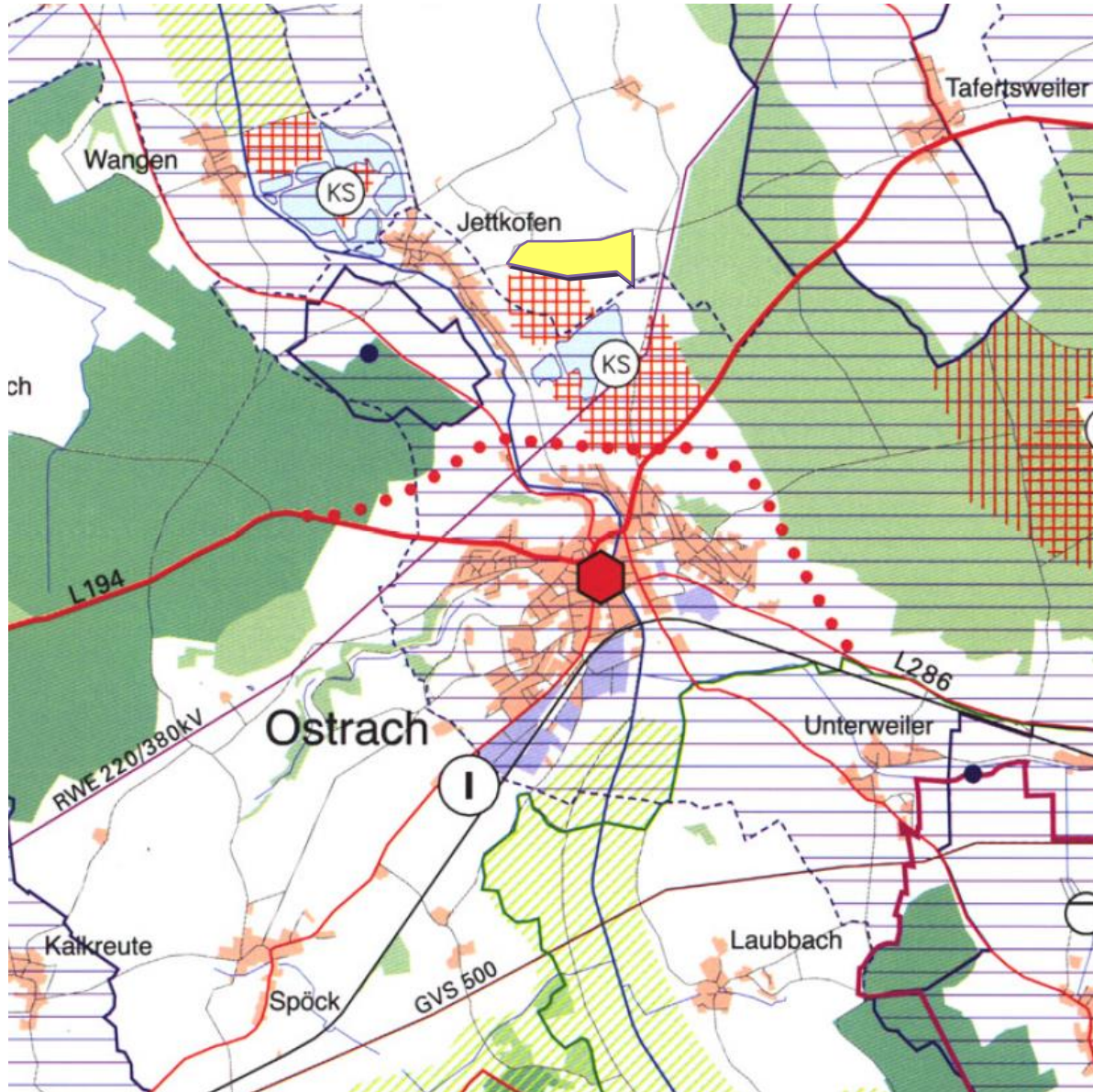


Abbildung 2: Ausschnitt Raumnutzungskarte des Regionalplans (1996) mit eingezeichneter Vorhabensfläche (gelb) östlich Jettkofen

Das Vorhabensgebiet liegt im sogenannten „Freiraum“ außerhalb von Siedlungsbereichen. Im gültigen Regionalplan 1996 sind für diese Fläche keine schutzbedürftigen Bereiche von Freiräumen (etwa für Naturschutz, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft oder oberflächennahe Rohstoffe) bzw. Grünzüge/Grünzäsuren verzeichnet (s. Abbildung 2).

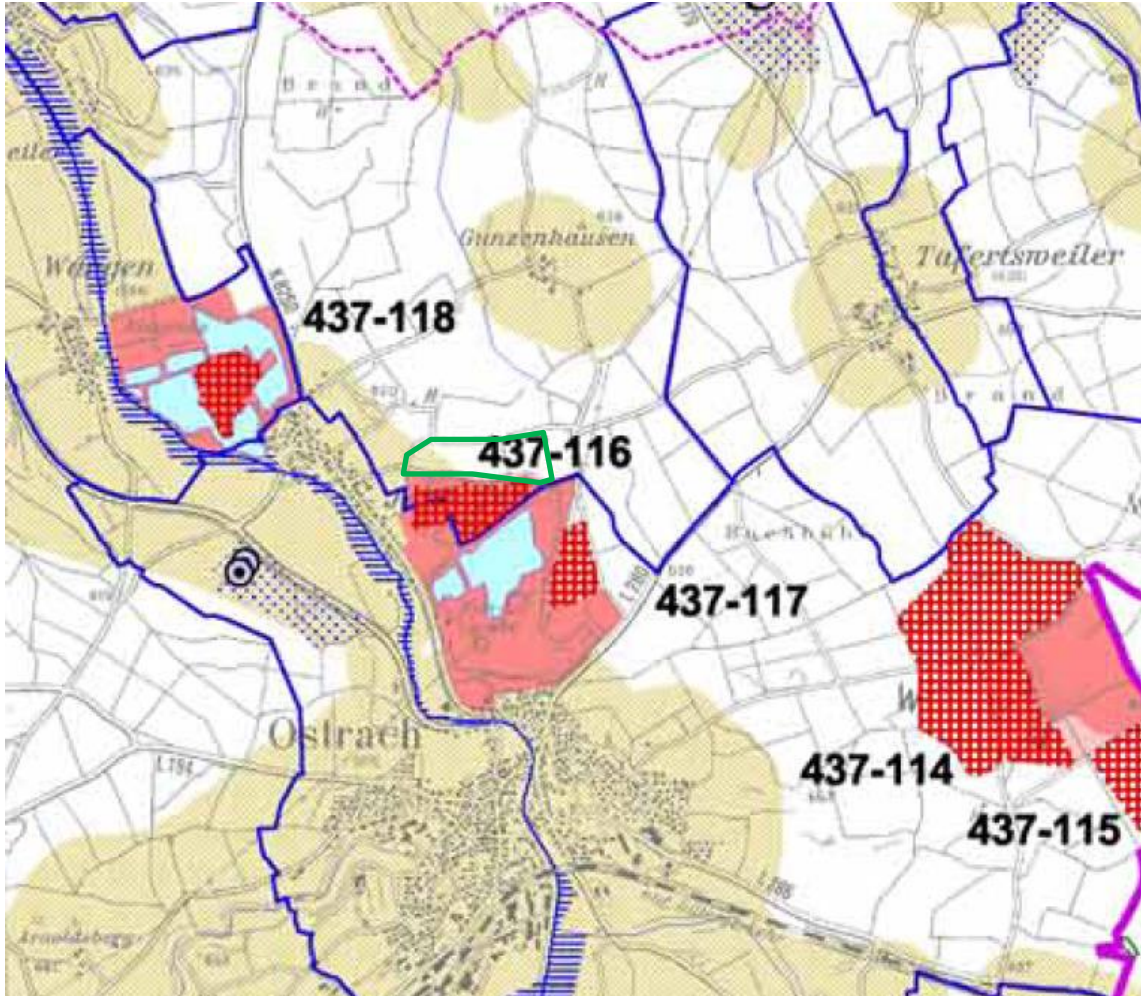


Abbildung 3: Ausschnitt aus dem Teilregionalplan „Oberflächennahe Rohstoffe“ 2003 mit eingezeichneter Vorhabensfläche (grün)

Der aktualisierte Teilregionalplan „Oberflächennahe Rohstoffe“ (2003) zeigt die aktuellen veränderte Rohstoffsicherungsflächen (s. Abbildung 3):

Wiederum liegt die Projektfläche außerhalb von **Rohstoffsicherungsflächen**, das Westende der Projektfläche (in der Abbildung hellbraun) ist hellbraun markiert = Ausschlussfläche für den Rohstoffabbau; hier aufgrund der Ortsnähe zu Jettkofen (300 m Abstand zur Wohnbebauung wird durch das Projekt unterschritten. Das bestehende Abbaubereich südlich der Projektfläche ist rosarot markiert (= Rohstoffgewinnungsstelle im Abbau) bzw. rot kreuzschraffiert (= schutzbedürftiger Bereich für den Rohstoffabbau).

Gewässerschutz:

Das Projektgebiet liegt außerhalb von Wasserschutz- (WSG) und Überschwemmungsgebieten (ÜSG) (s. Abbildung 3) bzw. Schutzbedürftigen Bereichen für die Wasserwirtschaft (Abbildung 2).

Die nächstgelegenen Gebiete sind (s. Abbildung 4):

- WSG „Jettkofen“, im Südosten direkt an die Erweiterungsfläche grenzend
- WSG „Eimühle-Habsthal“, > 610 m westl. der Vorhabensfläche.
- WSG „Birkhöfe“, ca. 670 m östl. der Vorhabensfläche.
- ÜSG „Ostrach“, entlang der Ostrach, > 330 m SW der Vorhabensfläche.

Dieselben Gebiete sind auch Schutzbedürftige Bereiche für die Wasserwirtschaft nach Regionalplan 1996.

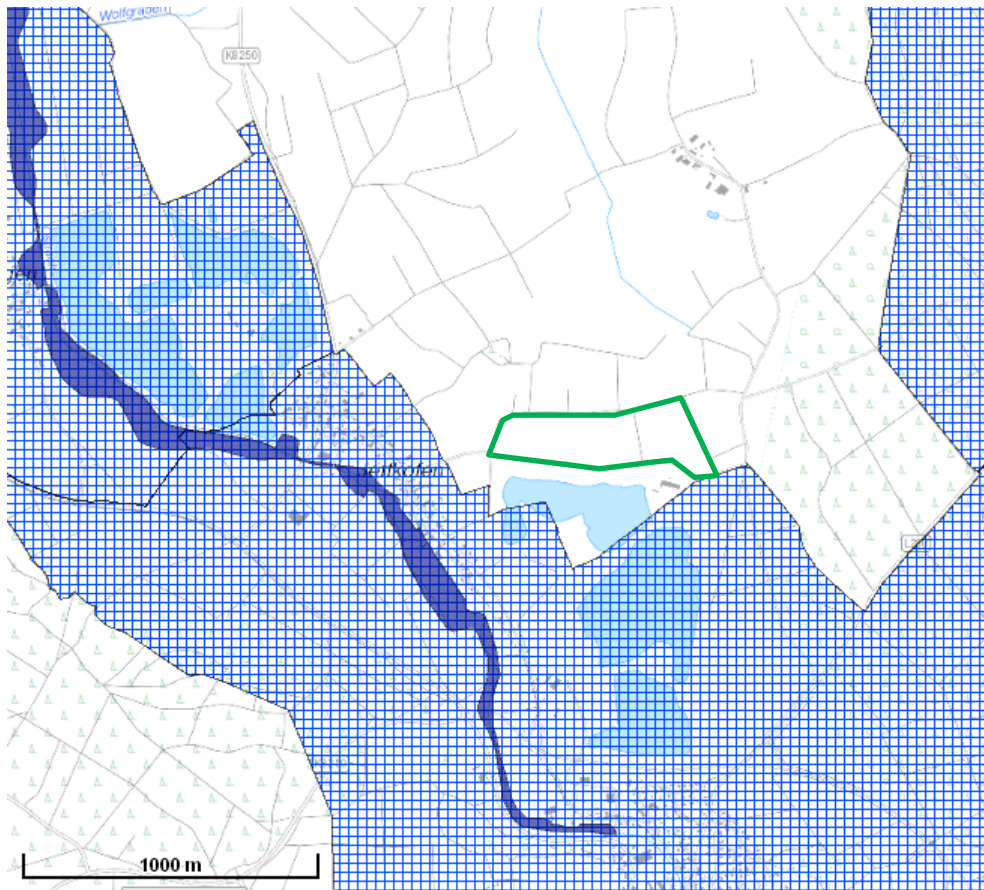


Abbildung 4: Erweiterungsfläche (grün) und umliegende Wasserschutzgebiete (blaue Schraffur) bzw. Überschwemmungsgebiet (dunkelblau)

Naturschutz und Landschaftspflege:

Dieser Themenbereich wird in der Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) betrachtet.

Im Bereich des Vorhabens existieren keine Grünzüge oder Grünzäsuren (s. Abbildung 2). Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege nach Regionalplan sind (s. Abbildung 2, hellgrüne Schraffuren):

- Ostrachtal mit Enzkofer Ried und Mengener Riedle, nördlich Wangen, Abstand 1,4 km zum Vorhaben: Artenreicher Niedermoorkomplex; die landwirtschaftlichen Flächen sind noch weitgehend grünlandgenutzt. Die großflächigen Riedwiesen und die vereinzelt Altwasserreste sind von besonderer Bedeutung als Wiesenbrüter- und Amphibienlebensraum sowie als Nahrungsbiotop für den Weißstorch.
- Pfrunger-Burgweiler-Ried, südlich Ostrach, Abstand 2,3 km zum Vorhaben: Einzigartiger, ausgedehnter Moorkomplex.

Der LEP bringt zu diesem Punkt keine zusätzlichen Erkenntnisse.

Die genannten Bereiche werden durch das Vorhaben nicht betroffen.

2.2 Auswirkungen des Vorhabens

Raumkategorien:

Die Weiterführung des Kiesabbaus bei Ostrach führt zur wirtschaftlichen Stärkung im lokalen ländlichen Raum. Damit wird allgemeinen Grundsätzen des Regionalplans entsprochen: Förderung der Lebensbedingungen der Bürger im ländlichen Raum, Milderung struktureller Defizite.

Mit Auswahl der Erweiterungsfläche werden schädliche Einwirkungen auf die Umwelt weitgehend vermieden. Durch die Weiterführung des Kiesabbaus am selben Standort können Neuaufschlüsse an anderer Stelle vermieden werden. Auch die Vielfalt der Kulturlandschaft und der lokale Erholungswert wird erhalten (Eingriff rel. kleinflächig, überwiegend in strukturarme Ackerflächen).

Die Funktion des Kleinzentrums Ostrach wird mit dem Erhalt des Kiesabbaus zumindest nicht geschwächt. Umliegende Entwicklungsachsen werden durch das Abbauvorhaben nicht tangiert. Etwaige Verkehrsbehinderungen durch den Kiesverkehr sind nicht zu erwarten: Der Kiesverkehr streut weit in der Region und geht über das bisherige Ausmaß nicht hinaus. Außerdem wurden zahlreiche Ortsumgehungen in der Vergangenheit zur Entlastung eingerichtet.

Freiraumstruktur:

Durch das Vorhaben werden keine schutzbedürftigen Bereiche von Freiräumen (etwa für Naturschutz, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft oder oberflächennahe Rohstoffe) bzw. Grünzüge/Grünzäsuren betroffen.

- Naturschutz: Schutzbedürftige Bereiche bzw. Grünzüge/-zäsuren sind ausreichend weit vom Vorhaben entfernt.
- Gewässerschutz: Schutzbedürftige Bereiche liegen außerhalb des Vorhabens. Die Unbedenklichkeit des geplanten Kiesabbaus auf die benachbarten Schutzbereiche wird in der UVU nachgewiesen (s. dort).
- Oberflächennahe Rohstoffe: Die Projektfläche schließt nördlich an bestehenden Kiesabbau oder Schutzbedürftigen Bereich für den Rohstoffabbau an (= Kieswerk Müller, Ostrach).
- Landwirtschaft, Forstwirtschaft: s. entsprechende Kapitel unten (5.1 und 5.2).

Es gibt im Regionalplan (Teilregionalplan „Oberflächennahe Rohstoffe“ 2003) nur eine raumordnerische Ausweisung, die sich mit der Projektfläche überschneidet: Ausschlussfläche für den Rohstoffabbau wegen zu großer Ortsnähe (< 300 m zur Wohnbebauung Jettkofen). Die Überschneidung beträgt nur 2,5 ha.

Es war durch entsprechende Lärm- und Staubgutachten nachzuweisen, dass Störungen und Beeinträchtigungen der Wohnbevölkerung ausgeschlossen werden können. Dieser Nachweis konnte erbracht werden (s. UVU, Schutzgut „Mensch“).

Ergebnis

Das Vorhaben steht bezüglich vieler Gesichtspunkte nicht im Gegensatz zum Regionalplan. Es kann als umweltverträgliche Stärkung bzw. Sicherung der Wirtschaft im ländlichen Raum eingeordnet werden. Dabei wird ein bestehender Kiesabbaustandort gesichert.

Bedenken bezüglich der umliegenden Wasserschutzgebiete bzw. der unterschrittenen Abstandsfläche zur Wohnbebauung Jettkofen konnten, den UVU- Gutachten folgend, ausgeschlossen werden.

Die Folgenutzungsplanung sieht die Wiederherstellung der ursprünglichen Nutzung (Landwirtschaft) vor. Es handelt sich somit nur um eine vorübergehende Abbaunutzung (Vorhabensdauer Abbau + Verfüllung ca. 20 Jahre).

3 Siedlungsstruktur

In diesem Kapitel werden die vorhandenen und geplanten Siedlungsstrukturen, die möglicherweise durch das geplante Vorhaben in ihren Funktionen bzw. Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt werden könnten, beschrieben (Lage mit Entfernungsangaben).

Der Schwerpunkt bei der Betrachtung der Auswirkungen liegt auf der Einhaltung von Mindestabständen zwischen Vorhaben und Siedlungen (Wohnbereiche, Einzelgebäude).

Detaillierte Aussagen zu Belastungen von Siedlungen durch Emissionen (Lärm, Staub) finden sich in der UVU „Schutzgut Mensch“.

Als Grundsätze im Bereich „Siedlung“ gelten im Regionalplan (Plansatz 2.3.1) u.a.:

- Die dezentrale Siedlungsstruktur in der Region soll erhalten werden. Neben den Siedlungsbereichen, vorwiegend in den zentralen Orten, ist in den örtlichen Siedlungsschwerpunkten der Gemeinden in den ländlichen Bereichen eine angemessene Siedlungsentwicklung zu ermöglichen. Hier ist auch der derzeit (1996) dringende Wohnraumbedarf zu berücksichtigen.
- Neue Baugebiete sollen grundsätzlich an Orten mit gesicherter Grundversorgung, mit guten Anschlüssen an das Straßennetz und mit einer Mindestbedienung im öffentlichen Personennahverkehr aufgrund eingehender Landschaftsanalysen ausgewiesen werden. Orte und Weiler ohne diese Voraussetzungen sollen auf Eigenentwicklung beschränkt werden. Die Belange der Land- und Forstwirtschaft sind zu berücksichtigen.
- Im Rahmen der Festsetzungen des Regionalplans ist es Aufgabe der Gemeinden, in der **Bauleitplanung** die Funktion der einzelnen Ortsteile zu bestimmen und aufgrund eingehender Landschaftsanalysen entsprechende Bauflächen auszuweisen.
- Der **Landschaftsverbrauch** ist durch eine stärkere Förderung der **Innenentwicklung** in Städten und Dörfern, sowie durch eine flächensparende Erschließung und Bauweise zu verringern.

In der Begründung dieser Grundsätze wird u.a. weiter erläutert:

- Bauflächen für Wohn- und Arbeitsstätten sollen so bemessen und einander zugeordnet werden, dass gegenseitige Störungen und aufwendige Pendelwege möglichst vermieden werden und dass Einrichtungen des Gemeinbedarfs und Erholungsräume in zumutbarer Entfernung erreichbar sind.
- unter Beachtung der zu erwartenden Entwicklung und der örtlichen Siedlungsstruktur sollen grundsätzlich Siedlungsformen gewählt werden, die möglichst wenig Grund und Boden beanspruchen, städtebauliche Großformen sich aber auf Siedlungsbereiche in ausgeprägt verdichteten Räumen und im ländlichen Raum auf Zentrale Orte höherer Stufe beschränken.

- **Standorte für Anlagen**, von denen besondere Belastungen, gefährliche oder lästige Emissionen ausgehen, sollen so gewählt bzw. die Anlagen so ausgelegt werden, das sie beispielsweise Wohnstätten, Erholungsräume, Oberflächengewässer und Grundwasser nicht oder möglichst wenig beeinträchtigen
- zwischen den Siedlungen, auch im Zuge der Entwicklungsachsen, sollen möglichst weite zusammenhängende Freiräume erhalten bleiben

Der Regionalplan beschränkt sich auf die Festsetzungen „Siedlungsbereiche (Siedlungsschwerpunkte)“, „Gemeinden mit angemessene Siedlungsentwicklung²“ und „Gemeinden mit Eigenentwicklung“.

3.1 Leitbild für die Siedlung

Siedlungsbereiche (Siedlungsschwerpunkte):

Ziel: Die Siedlungsentwicklung ist vorrangig in den Siedlungsbereichen (Siedlungsschwerpunkten) zu konzentrieren. Diese Bereiche umfassen einen oder mehrere Orte, in denen die Siedlungstätigkeit über die Eigenentwicklung der Gemeinde hinausgehend konzentriert werden soll. Der Regionalplan bezeichnet die Gemeinden, in denen die Bauleitplanung Flächen ausweisen soll und auf denen sich diese Siedlungstätigkeit vorrangig vollziehen soll.

Als Siedlungsbereiche sind im Wesentlichen die oben genannten Zentren (Ober-, Mittel-, Unter-, Kleinzentren) ausgewiesen, also auch Ostrach und die umliegenden größeren Ortschaften (Pfullendorf, Bad Saulgau, Mengen, Krauchenwies, Herbertingen, Wilhelmsdorf, Altshausen).

Gemeinden mit angemessener Siedlungsentwicklung:

Die Siedlungsstruktur in der Region Bodensee-Oberschwaben ist geprägt von einer Vielzahl kleinerer dörflicher Schwerpunkte, die neben den eher städtischen Siedlungsschwerpunkten für die Entwicklung des Ländlichen Raumes Bedeutung haben.

Ziel: Durch die Eigenentwicklung und mögliche Wanderungsgewinne soll die Tragfähigkeit für die kommunale Infrastruktur gesichert werden. Hierzu ist eine aktive Baulandpolitik in den geeigneten Gemeinden bzw. Gemeindeteilen notwendig.

Im Umland von Ostrach gilt dies z.B. für die Gemeinden Hoßkirch, Königseggwald und Riedhausen.

² Die Festsetzung „Gemeinden mit angemessene Siedlungsentwicklung“ ist von der Verbindlichkeit des Regionalplans ausgenommen

Für Ostrach rechnet das Statistische Landesamt mit einer ca. gleich bleibenden bis leicht fallenden Bevölkerungsentwicklung (entsprechend dem Trend der letzten Jahre).

Gemeinden mit Eigenentwicklung:

Die Siedlungsentwicklung ist auf Eigenentwicklung zu beschränken u.a. im Verwaltungsraum Altshausen in den Gemeinden Eichstegen, Guggenhausen und Unterwaldhausen. In den drei Gemeinden fehlen die Voraussetzungen, insbesondere die Infrastruktur für eine weitergehende Siedlungsentwicklung.

Wohnungsbau:

Regionalplan: „Trotz der hohen Zahl neu errichteter Wohnungen ist eine Verknappung von Wohnraum festzustellen...

Vorhandene Baugebiete weisen immer noch zahlreiche Baulücken auf. Voll erschlossene Bauplätze werden nicht oder nur unzureichend genutzt...

Eine Wohnungsbedarfsschätzung für die Laufzeit des Regionalplanes ist kaum möglich, da die Wanderungsbewegungen nach der politischen Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere die Zuwanderung in die Region, kaum abgeschätzt werden können. Bei vorsichtiger Schätzung kann man derzeit (1996) von einem Fehlbedarf ausgehen, der einer durchschnittlichen jährlichen Neubaurate entspricht (2.500 - 3.500 Wohneinheiten).“ In mehreren größeren Städten der Region werden zusammen 3.200 Wohneinheiten errichtet. „Es wäre wünschenswert, das Programm auf weitere zentrale Orte insbesondere im struktur-schwachen Bodenseefernen Hinterland auszudehnen.“

3.2 FNP Ostrach

Als zusätzliche Datengrundlage werden an dieser Stelle Informationen und Vorgaben aus dem neuen Flächennutzungsplan (FNP, 2014) der Gemeinde Ostrach dargestellt.

- Flächennutzung: Im landkreisinternen Vergleich liegen im Gemeindegebiet überdurchschnittlich viele Landwirtschafts-, Wald- und Wasserflächen, unterdurchschnittlich viele Siedlungs- und Verkehrsflächen (stark ländlich geprägter Raum).
- Siedlungsbau: Die Gemeinde Ostrach strebt an, die Siedlungsflächeninanspruchnahme in allen Teilorten zu begrenzen und verstärkt Flächen im Innenbereich zu entwickeln.
- Als zusätzlicher Wohnflächenbedarf werden im FNP 5,8 ha veranschlagt.

Die Gemeinde Ostrach konnte in den letzten Jahren kein konstantes Bevölkerungswachstum verzeichnen, sondern schwankt zwischen Verlusten und Gewinnen. Damit die Gemeinde, insbesondere aufgrund ihrer

guten sozialen und technischen Infrastruktur sowie der attraktiven landschaftlichen Lage, jedoch wieder dauerhaft als Wohn- und Lebensstandort nachgefragt wird, ist durch ausreichende Ausweisung von Wohnbauflächen und Neuausweisung von Flächen für Infrastruktureinrichtungen und Gemeinbedarf die Voraussetzung zu schaffen, dass die Entwicklung im Planungszeitraum positiv verlaufen kann. Auf der anderen Seite muss sich die Gemeinde langfristig auf sinkende Bevölkerungszahlen einstellen und ihre Infrastruktur schrittweise entsprechend anpassen.

3.3 Auswirkungen der Vorhabensfläche auf vorhandene und geplante Siedlungen

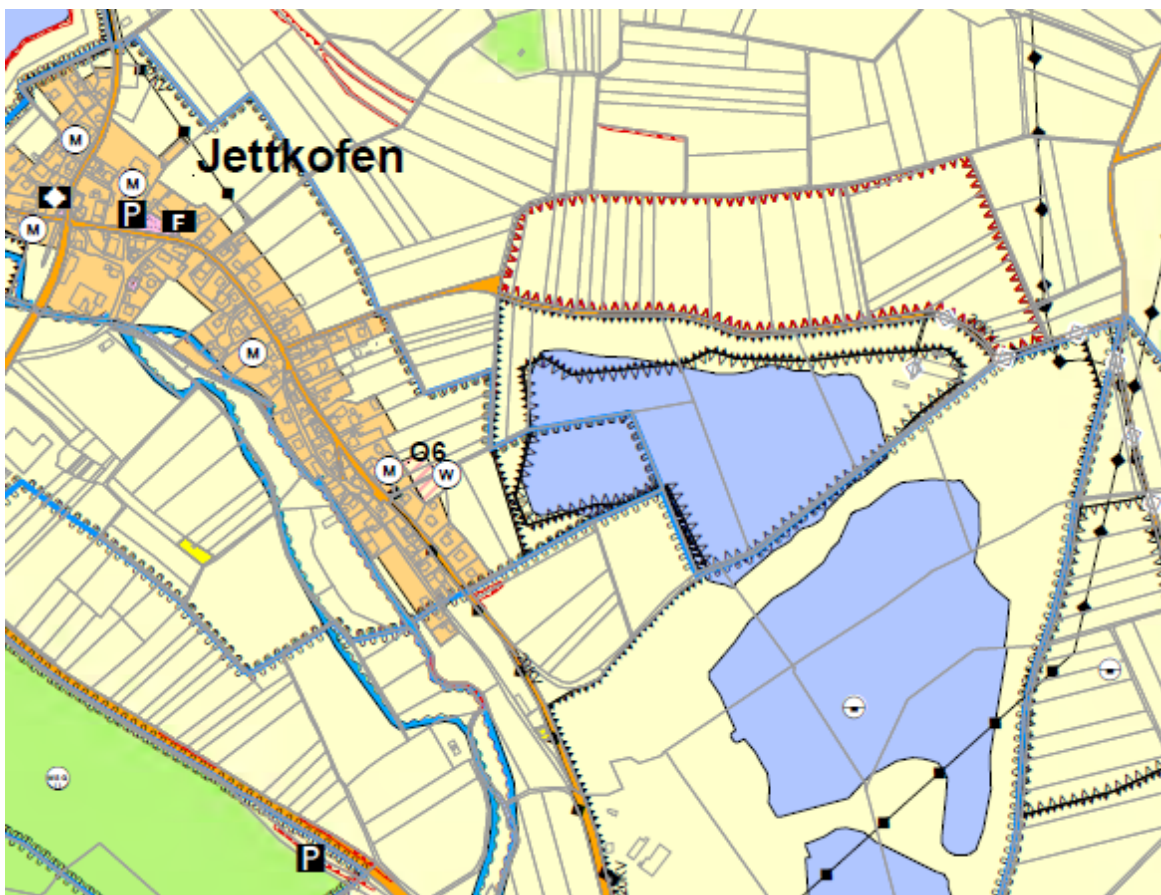


Abbildung 5: Ausschnitt aus dem FNP Ostrach (2014)

Mindestabstände der Vorhabensfläche zu Siedlungsgebieten (s.a. Abbildung 5):

- 160 m zu „Mischgebiet“: Ortsbebauung von Jettkofen im Westen

- 250 m zu „geplantem Wohngebiet“ (O6, 0,23 ha): östlicher Ortsrand von Jettkofen im Südwesten

Überschneidung der Vorhabensfläche (13,5 ha) mit der Ausschlussfläche für den Rohstoffabbau um 2,5 ha am westlichen Ende (s. Abbildung 3). Die Ausschlussfläche liegt 300 m um bestehende Wohngebiete um das Wohnumfeld zu schützen. Zur Änderung/Anpassung der planerischen Situation wird zusammen mit dem Antrag auf raumordnerische Beurteilung ein Antrag auf Zielabweichung erstellt.

3.3.1 Ausschlussbereiche

Im Umkreis des Vorhabens besteht nach Teilregionalplan (2003) ein Ausschlussbereich für den Kiesabbau: „Bereich mit besonderer Bedeutung für das Wohnumfeld“ und für die Erholungsvorsorge (soziale Funktion des Freiraums gem. § 2 Abs. 2 Ziff.3 und 14 ROG):

Das siedlungsnahes Wohnumfeld ist, wie Untersuchungen zeigen, von besonderer Bedeutung für die dort ansässige Bevölkerung. So zeigt sich der Wert des siedlungsnahen Freiraums vor allem in seiner Qualität als fußläufig erreichbarer Erholungs- und Freizeitraum, der vor allem von Kindern, aber für die kurzzeitige Erholungsnutzung auch von Erwachsenen regelmäßig frequentiert wird. Aus diesem Grunde wird im direkten Umgriff von vorwiegend wohngenutzten Siedlungsbereichen, in denen nicht bereits Rohstoffabbau stattfindet, die oberflächennahe Rohstoffgewinnung ausgeschlossen.

Als siedlungsnahes Wohnumfeld wird dabei näherungsweise eine Zone von **bis zu 300 m** zu den in den Flächennutzungsplänen ausgewiesenen Wohnbau- und Mischbauflächen definiert. Weiterhin wird diese Randzone auch bei Sondergebieten, Gemeinbedarfs- oder Grünflächen ausgewiesen, die diesem Wohnumfeld unmittelbar zuzuordnen sind (z.B. Kindergarten, Schulen) oder die für sich genommen ausgesprochenen Wohn- und Erholungscharakter besitzen (z.B. Krankenhäuser, Altenheime, Kur- und Erholungseinrichtungen, Ferienhaussiedlungen und Campingplätze).

Durch die regionalplanerische Überschneidung des „Bereichs mit besonderer Bedeutung für das Wohnumfeld“ mit dem geplanten Kiesabbau wird ein Zielabweichungsverfahren notwendig. Dieses kann im Einzelfall auf Antrag zugelassen werden, wenn die Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden.

Immissionsschutz:

Es war durch entsprechende Lärm- und Staubgutachten nachzuweisen, dass Störungen und Beeinträchtigungen der Wohnbevölkerung ausgeschlossen werden können. Dieser Nachweis konnte erbracht werden (s. UVU, Schutzgut „Mensch“).

Erholung und Freizeit:

Der Eingriff in den Ausschlussbereich beträgt nur 2,5 ha. Zudem ist das Vorhaben zeitlich befristet: Nach Ablauf von ca. 20 Jahren wird das ursprüngliche Gelände wieder hergestellt.

Der Begriff „fußläufig erreichbarer Erholungs- und Freizeitraum“ (300 m) ist relativ vage. Zu berücksichtigen ist, dass innerhalb dieses Bereiches bereits genehmigter Kiesabbau betrieben wird. Die bisherige Entfernung zu Wohnbebauungen bleibt erhalten, da der Abbau parallel zum Ortsrand stattfinden soll. Wesentlich ist die Auflösung des Gemeindeverbindungsweges zwischen bestehendem und geplantem Abbau. Ein gut ausgebauter Feldweg nördlich der Erweiterung bleibt erhalten. Ansonsten handelt es sich bei der Eingriffsfläche um ohnehin „nicht begehbarer“ Ackerfläche.

Die Kulturlandschaft bleibt auch bei leicht reduziertem Wegenetz weiterhin gut nutzbar.

In Anbetracht der Kleinflächigkeit und des vorübergehenden Charakters des Vorhabens entsteht bezüglich des „Ausschlussbereiches Kiesabbau“ **kein Konflikt**. Dies macht ein Zielabweichungsverfahren möglich. Im FNP Ostrach ist die Vorhabensfläche bereits als geplanter Rohstoffabbau eingezeichnet.

4 Gewerbliche Wirtschaft, Rohstoffsicherung

In diesem Kapitel werden die vorhandenen und geplanten Strukturen für Industrie und Gewerbe, die möglicherweise durch das geplante Vorhaben in ihren Funktionen bzw. Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt werden könnten, beschrieben (Lage mit Entfernungsangaben).

Der Schwerpunkt bei der Betrachtung der Auswirkungen liegt auf der Einhaltung von Mindestabständen zwischen Vorhaben und entsprechenden Gebietsausweisungen (Gewerbe-, Industriegebiet).

4.1 Industrie und Gewerbe

Als Grundsätze im Bereich „Industrie und Gewerbe“ gelten im Regionalplan (Plansatz 2.4.1 bzw. 2.3.2):

- Zur Sicherung eines dezentralen Arbeitsplatzangebotes sind Gewerbe- und Industriestandorte vorrangig in den **Zentralen Orten** auszuweisen.
- Darüber hinaus sollen für die gewerbliche Entwicklung im Ländlichen Raum außerhalb der Zentralen Orte erweiterungsfähige, landschaftsverträgliche örtliche Gewerbegebiete in geeigneten Gemeinden bzw. Gemeindeteilen ausgewiesen werden. Dies darf aber nicht zu einer ungeordneten Verteilung von Gewerbeflächen mit der Gefahr der Zersiedelung der Landschaft führen.

- Anzustreben ist eine räumliche Verteilung der Industrie- und Gewerbestandorte, die die **dezentrale** Siedlungsstruktur in der Region unterstützt und den wirtschaftlichen Anforderungen entspricht.
- Dazu sollen neben den vorhandenen und geplanten Gewerbegebieten **Schwerpunkte für Industrie und Gewerbe** ausgewiesen werden. Hier sollen auch größere Betriebe angesiedelt werden können.
- Die gewerbliche Entwicklung in den **strukturschwachen Gebieten** der Region soll besonders gefördert werden.

In der Begründung dieser Grundsätze wird u.a. weiter erläutert:

- Die Produktionsabläufe der Industrie und des Gewerbes verlangen vermehrt zusammenhängende, größere gewerbliche Flächen an bestehenden sowie an neuen Standorten.
- Die strukturschwachen, seefernen Räume in der Region sind auch durch gewerbliche Neuansiedlungen zu stärken: Der Landkreis Sigmaringen ist einer der wenigen Kreise im Land Baden-Württemberg, die EG-Förderung erhalten.

Die Ausweisung von geeigneten Gewerbegebieten in den Gemeinden wird zunehmend schwieriger. Die teilweise lockere Bebauung von Gewerbegebieten in der Vergangenheit kann in Zukunft nicht fortgesetzt werden.

Der Regionalplan weist regional bedeutsame Schwerpunkte für Industrie und Gewerbe aus, u.a. in Ostrach und den umliegenden zentralen Orten (ohne Hohentengen, Altshausen, Wilhelmsdorf).

Ziel: Diese Schwerpunkte sind für die zukünftigen Erfordernisse in der Bauleitplanung gegen konkurrierende Nutzungen zu sichern.

Begründung:

- Die Strukturschwächen im Landkreis Sigmaringen und im nördlichen Teil des Landkreises Ravensburg erfordern das Angebot und die Sicherung größerer zusammenhängender Gebiete mit gutem Verkehrsanschluss

Die Schwerpunkte sollen Neuansiedlungen ermöglichen und initiieren. Die Festlegung der Flächen im einzelnen bleibt Aufgabe der Bauleitplanung.

Für Ostrach sind im Regionalplan Schwerpunkte für Industrie und Gewerbe am Südrand des Ortes ausgewiesen („Heiligenbergerstraße“: Anschluss an vorhandenes Gewerbegebiet, Anschluss an l 280, Bahnanschluss möglich).

4.2 Dienstleistungseinrichtungen

Regionalplan: „Das Oberzentrum und die Mittelzentren sind als Schwerpunkte für die Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen ausgewiesen... Ferner sollen in allen Zentralen Orten (hier: Ostrach) die privaten und öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen erhalten und ausgebaut, in den Nicht-Zentralen Orten mindestens die Dienstleistungseinrichtungen für den täglichen Bedarf erhalten werden...

In der Region Bodensee-Oberschwaben liegen die Schwerpunkte der öffentlichen und privaten Dienstleistungen überwiegend im Oberzentrum Ravensburg/Weingarten und in den Mittelzentren, in der Regel in den Kernbereichen der Städte. Ausnahmen bilden Fachhochschulen und stationäre soziale Einrichtungen, insbesondere die Einrichtungen der Behindertenhilfe, deren Ursprung häufig in den säkularisierten Klosteranlagen zu finden ist.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor ist für die Region besonders wichtig, da der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor (1991: 145 Beschäftigte je 1000 EW) deutlich unter dem Landesdurchschnitt (178 Beschäftigte je 1000 EW) liegt“.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes (2013) liegt der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe bei ca. 50% (ansteigend), derer im produzierenden Gewerbe bei ca. 46% (fallend).

Dies entspricht den Angaben des Regionalplans, nach dem nur in Ravensburg/Weingarten und Überlingen Beschäftigungsanteile von ca. 60% im Dienstleistungssektor erreicht werden, im ländlichen Raum dagegen < 50 % (1993).

Einzelhandel:

Ziel: Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe für Endverbraucher sind nur im Oberzentrum sowie in den Mittel- und Unterzentren zuzulassen, für Ostrach also nicht vorzusehen.

Fremdenverkehr und Erholung:

Grundsätze: Der Fremdenverkehr in der Region soll in Form eines umwelt- und sozial-verträglichen Tourismus weiter ausgebaut werden. Neue Gästegruppen sollen gewonnen, die Betreuung der Gäste und die übergemeindliche Abstimmung und Zusammenarbeit im Fremdenverkehr laufend verbessert werden. Weitere Angebote für Familienerholung für Langzeitorlaube und für Zweit- und Kurzurlaube sind zu schaffen und alle Möglichkeiten zur Saisonverlängerung zu nutzen.

Vor allem im Hinterland des Bodensees sollen neue Möglichkeiten für den Aufbau und Ausbau des Fremdenverkehrs geprüft werden. Die Oberschwäbische Barockstraße mit ihren Ergänzungsrouten soll als Kulturstra-

ße weiter ausgestaltet, die Schwäbische Bäderstraße und die Hohenzollernstraße sollen als Werbefaktor weiterentwickelt werden.

Aus der Begründung:

- Der Fremdenverkehr gewinnt in der Region Bodensee-Oberschwaben zunehmend an Bedeutung, zum einen als eigenständiger Wirtschaftsfaktor, auf der anderen Seite auch als "weicher Standortfaktor" für andere Wirtschaftsbereiche.
- Erhalt und Pflege der reichen Kulturlandschaft in der Region sind somit zunehmend eine essentielle Grundlage für das Fortbestehen und die Entwicklung eines zukunftsorientierten, qualitätsbetonten Fremdenverkehrs.
- Generell ist festzustellen, dass es in der Region noch strukturschwache Räume mit hohem landschaftlichem und kulturellem Potential gibt, die durch den Fremdenverkehr neue Entwicklungschancen bekommen könnten.

Vorschläge, im Umkreis von Ostrach:

- Oberschwäbische Bäder, u.a. Schwerpunkt Bad Saulgau: Aufstellung von Kurortentwicklungsplänen, Aufbau von Angeboten für den Gesundheitsurlaub etc.
- Westliches Oberschwaben mit den Schwerpunkten Illensee („Erholungsort“), Mengen und Pfullendorf: Schrittweise Entwicklung von aktiver Ferienerholung und Kulturtourismus, Aufgreifen der Fremdenverkehrsimpulse aus dem Uferbereich des Bodensees und Aufbau eines eigenständigen, gemeindeübergreifend vernetzten Fremdenverkehrs etc.

Speziell für Ostrach sind regionalplanerisch keine Vorschläge für Fremdenverkehr und Erholung vorgesehen.

4.3 Windenergie

Im Teilregionalplan „Windenergie“ (Entwurf 2013) wird im weiteren Umkreis des Vorhabens ein „potenzielles Vorranggebiet für regional bedeutsame Windenergieanlagen“ aufgeführt:

- Gebiet „Birkhöfe“, ca. 1,3 km N des Vorhabens (Wald).

Dieses ist auch im FNP Ostrach als „Vorranggebiet Windenergiegewinnung“ ca. flächengleich ausgezeichnet.

4.4 FNP Ostrach

Als zusätzliche Datengrundlage werden an dieser Stelle Informationen und Vorgaben aus dem neuen Flächennutzungsplan (FNP, 2014) der Gemeinde Ostrach dargestellt.

- Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Gemeinde Ostrach liegt in den Bereichen Handwerk, produzierendes Gewerbe, Handel und Dienstleistung. Innerhalb von Ostrach haben sich einige kleine und mittlere Betriebe und Unternehmen angesiedelt. Neben Arbeitsplätzen in den teilweise zukunftsweisenden Branchen dieser kleinen und mittleren Betriebe stellt der Kiesabbau in Ostrach und Jettkofen einen weiteren Schwerpunkt der Arbeitsplätze. Der Kiesabbau ist für die Gemeinde Ostrach von großer Bedeutung und spiegelt sich u.a. im Bau der Umgehungsstraße.
Das Kieswerk Müller in Ostrach hat langfristigen Bestand und plant eine Erweiterung nach Norden in Richtung Gunzenhausen. Die Fläche ist als geplante Abbaufäche im Flächennutzungsplan dargestellt (Oberflächennahe Rohstoffe Planung). Auf lange Sicht wird sich der Kiesabbau wahrscheinlich im Bereich Wagenhart konzentrieren.
- In der Gemeinde Ostrach besteht aus langer Tradition heraus ein industriell / gewerblicher Schwerpunkt. So stellt beispielsweise die Bilgram Chemikalien GmbH, Ostrach, Salzgroßhandlung mit ca. 150 Mitarbeitern einen der größten Arbeitgeber in der Gemeinde Ostrach dar.
- Um die Arbeitsplätze in der Gemeinde zu sichern und neue Betriebe ansiedeln zu können, sind im Flächennutzungsplan Gewerbeflächen auszuweisen (Bedarf: ca. 16 ha).

4.5 Rohstoffwirtschaft

Im folgenden sind Grundsätze und Ziele des Regionalplans 1996, ergänzt durch den Teilregionalplans „Oberflächennahe Rohstoffe“ (2003), dargestellt.

Grundsätze (2003), u.a.:

- Bestehende Abbaustandorte sollen möglichst vollständig abgebaut und dazu in Fläche und Tiefe erweitert werden, bevor in neue Rohstoffvorkommen eingegriffen wird.
Aufgrund der Vielzahl vorhandener Abbaustellen in der Region und einem Eigenbedarfsanteil von lediglich 50 % der abgebauten Rohstoffe ist auf die Eröffnung neuer Abbauschwerpunkte u.a. zum Schutz der Landschaft zu verzichten, solange die in Abbau befindlichen Lagerstätten weiter betrieben werden können.
- Neue Abbauschwerpunkte sollen nur noch als Ersatz für auslaufende größere Gebiete angestrebt werden.

- In der Region soll eine möglichst ausgewogene Verteilung der Abbaustandorte mit mäßiger Konzentration, auf die Verbrauchsschwerpunkte bezogen, angestrebt werden.
- Zum Schutz der Landschaft und des Bodens soll auf Eingriffe in Lagerstätten mit einer Mächtigkeit von < 5 m verzichtet werden. Das Verhältnis von Mutterboden und Abraum zu gewinnbarer Lagerstätte soll 1:3 nicht unterschreiten

Ziele (1996):

- Für die Versorgung mit oberflächennahen, mineralischen Rohstoffen werden **Schutzbedürftige Bereiche** für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen. Nach den Vorgaben der Landesregierung sollen die Regionalverbände Schutzbedürftige Bereiche (Vorrangbereiche der Kategorie A) und ergänzend Sicherungsbereiche (Kategorie B) für je 15 Jahre ausweisen.
Für Ostrach sind dies Bereiche für die Rohstoffe Kies und Sand:
 - Ostrach/Jettkofen = Kieswerk Müller nördlich Ostrach (hier behandelt).
Konkurrierende Raumnutzungsansprüche: „Erweiterung möglich; der Ausschluss einer Beeinträchtigung des Grundwassers muss nachgewiesen werden“
 - Ostrach/Wangen = Kieswerk Weimar nordwestlich Jettkofen
Konkurrierende Raumnutzungsansprüche: „WSG; der Ausschluss einer Beeinträchtigung des Grundwassers muss nachgewiesen werden; Ersatzstandort Wagenhart“
 - Ostrach/Wagenhart = Kiesgrube innerhalb des Waldgebietes „Wagenhart“
„Erweiterung der bestehenden Abbaustelle; Überprüfung eines großflächigen Abbaus; WSG; der Ausschluss einer Beeinträchtigung des Grundwassers muss nachgewiesen werden“
- In den Schutzbedürftigen Bereichen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ist der Abbau von Rohstoffen aus raumordnerischer Sicht möglich, er hat Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen.
Der Nutzungsvorrang für den Rohstoffabbau bedeutet, dass hier dieser durch konkurrierende Raumnutzungen nicht ausgeschlossen oder nicht wesentlich beeinträchtigt werden soll. Aus diesem Grund kommen vor allem solche Bereiche in Betracht, in denen die Konkurrenz zu anderen Ansprüchen gering ist. Insgesamt gilt der Grundsatz, einem dispersen Abbau entgegenzuwirken.
- Zur Sicherung anderer natürlicher Ressourcen, zum Schutz wertvoller Lebensräume für Pflanzen und Tiere, zur Erhaltung landschaftsprägender Reliefstrukturen, zur Bewahrung der Eigenart und Schönheit überregional bedeutender Landschaftsräume sowie zur Vermeidung negativer Einflüsse auf die Wohnbevölkerung und der für die Erholung bedeutsamen Bereiche werden teilträumliche **Ausschlussbereiche** für die Rohstoffgewinnung ausgewiesen.

Die Ausschlussbereiche sind von regional bedeutsamen Vorhaben zur Gewinnung von oberflächennahen mineralischen oder organischen Rohstoffen freizuhalten.

Vorschlag (2003):

- Zur Schonung der Rohstoffvorkommen sind die vorhandenen Konzepte zum Recycling von Bauschutt, Straßenaufbruch sowie zur Verwertung von Erdaushub umzusetzen und sicherzustellen.

Nach Angaben des Industrieverbandes Steine und Erden werden rund 2/3 der benötigten Kiese als Betonzuschlagstoffe im qualifizierten Hochbau eingesetzt, bei dem Recyclingmaterial von den Normen her derzeit noch kaum Verwendung finden kann. Zur Substitution von Kiesen ist nach einer Forderung des Regionalverbandes der Einsatz alternativer Baustoffe, wie z.B. von Holz, zu forcieren.

Zur Begründung führt der Teilregionalplan 2003 u.a. weiter aus:

Allgemeine Grundsätze: Der Abbau oberflächennaher Rohstoffe stellt aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung einerseits und seinen Belastungen für die Umwelt andererseits ein komplexes Problem und Handlungsfeld dar. Die hieraus entstehenden Konflikte sind insbesondere in Bereichen mit einer regionalen Häufung von Abbaustellen bei gleichzeitig besonders hochwertiger Ausprägung der betroffenen Schutzgüter des Natur- und Landschaftshaushalts erheblich.

Ermittlung räumlicher Prioritäten: Der regionale Flächenbedarf der Rohstoffgewinnung an geeigneten, d.h. umwelt- und raumplanungsbezogen relativ konfliktarmen und gleichzeitig lagerstättenhöffigen Standorten ist zu sichern, um damit die Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und der Landschaft insgesamt zu minimieren.

Eingriff und Ausgleich:

- Bevorzugung von Abbaustandorten in stark ausgeräumten Landschaftsräumen, die nach der Renaturierung eine ökologische Aufwertung des Naturhaushalts erwarten lassen.
- Grundsätzlicher Vorrang für Folgenutzungen mit ökologischer Zielsetzung (Renaturierung) zur bestmöglichen Verringerung/Kompensation der Umweltbelastungen.

Transport:

- größtmögliche Vermeidung von Ortsdurchfahrten
- Vermeidung von langen Transportwegen bei LKW-Transport

- bei der Verkehrserschließung über die Straße ist möglichst der direkte Anschluss an das regional bedeutsame Straßennetz sicherzustellen... Durch den Straßentransport besonders belastete Ortsdurchfahrten sind durch Ortsumfahrungen zu entlasten... Im Zuge des Rohstofftransportes sind Kreisstraßen, die nicht zum regional bedeutsamen Straßennetz zählen, so wenig wie möglich zu nutzen, da sie größtenteils durch Innenortslagen führen.

Der Regionalplan 1996 stellt ergänzend fest:

Die rückläufige Entwicklung der Zahl der Abbaustellen von der ersten Erhebung des Regionalverbandes im Jahre 1979/80 bis Ende 1990 von 107 auf 73 Abbaustellen hat zu einer Konzentration des Abbaus mit höheren jährlichen Fördermengen geführt. Unmittelbar damit in Zusammenhang steht die zunehmende Belastung von Ortsdurchfahrten durch den Schwerlastverkehr. Neben den Großabbaustellen zur regionalen und überregionalen Versorgung sollen deshalb auch weiterhin kleinere Abbaustellen zur Versorgung ihres lokalen Umfeldes erhalten bleiben.

Die Ausweisung der Schutzbedürftigen Bereiche beschränkt sich gegenwärtig auf bestehende Abbaugenehmigungen und laufende Genehmigungsanträge mit Aussicht auf Genehmigung.

Mit dem Abbauende der großen Abbaustellen in Kressbronn (Erschöpfung des Vorkommens) und im Tettlinger Wald im Jahre 1995/97 (Erweiterung ist beantragt) kommt es innerhalb der Region zu einer ungleichgewichtigen Verschiebung des Abbaus zu Lasten des südlichen Landkreises Sigmaringen und des östlichen Landkreises Ravensburg.

2003 (Teilregionalplan) wird daher die Überprüfung zusätzlicher Erweiterungsmöglichkeiten des Kiesabbaus im Tettlinger Wald für die Versorgung des östlichen Bodenseekreises und die Erschließung neuer Lagerstätten im westlichen Bodenseekreis vorgeschlagen

Im FNP Ostrach ist die Vorhabensfläche bereits als geplanter Rohstoffabbau eingezeichnet.

4.6 Auswirkungen des Vorhabens auf die gewerbliche Wirtschaftsstruktur und den Fremdenverkehr

Mindestabstände der Vorhabensfläche zu Gewerbegebieten u.a. (s.a. Abbildung 5):

- 1,75 km zu „Gewerbegebiet“: am Südrand von Ostrach (FNP Ostrach)
- 840 m zu „Sondergebiet Freizeit / Erholung“ (O 7, FNP): Baggersee nördlich Jettkofen.
- 1,3 km zu „Vorranggebiet Windenergiegewinnung“ (OM 03, FNP): Waldgebiet um Birkhöfe nördlich Gunzenhausen.

- direkt nördlich anschließend an „Schutzbedürftigen Bereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ (437-116 „Jettkofen-Ost“, Teilregionalplan)
- Gewerbegebiete, Erholungseinrichtungen oder mögliche Windkraftstandorte kommen im näheren Umkreis des Vorhabens nicht vor und können nicht betroffen werden (**kein Konflikt**).

Das Vorhaben entspricht den Vorgaben des Regionalplanes und des FNP bezüglich Industrie und Gewerbe: Sicherung von Gewerbestandorten im ländlichen Raum, vornehmlich an den zentralen Orten (Ostrach) durch langfristigen Erhalt des Kieswerks Ostrach als wichtiger Arbeitgeber in Ostrach. Der Standort entspricht der dezentralen Siedlungsstruktur in der Region sowie den wirtschaftlichen Anforderungen. Die gewerbliche Entwicklung soll in den strukturschwachen Gebieten besonders gefördert werden, insbesondere auch im zurückgehenden produzierenden Sektor.

Das Vorhaben entspricht den Vorgaben des Regionalplanes und des FNP bezüglich der Rohstoffwirtschaft:

- Bestehende Abbaustandorte sollen möglichst vollständig abgebaut und dazu in Fläche und Tiefe erweitert werden, bevor in neue Rohstoffvorkommen eingegriffen wird.
- Zwar sind für den Planungshorizont des Regionalplan andere Flächen für den Rohstoffabbau vorgesehen. Es handelt sich bei dem geplanten Abbauvorhaben jedoch nur um eine rel. kleine Abweichung (13,4 ha im Vergleich zu ca. 700 ha Schutzbedürftigen Bereichen und Sicherungsbereichen im Landkreis Sigma-ringen). Diese Abweichung sichert aber den Weiterbestand des Kieswerks Müller und damit die Kiesproduktion im Raum Ostrach.
- Der regionale Flächenbedarf der Rohstoffgewinnung ist an geeigneten, d.h. umwelt- und raumplanungsbezogen relativ konfliktarmen und gleichzeitig lagerstättenhöffigen Standorten ist zu sichern: Im Plangebiet entsteht nur eine kleinflächige Überschneidung mit einem Ausschlussbereich für den Rohstoffabbau aufgrund der Siedlungsnähe zu Jettkofen, s. Kapitel 3.3.1.

Weitere Vorteile am Standort Ostrach sind:

- Erweiterungsfläche kann mit ortsbütigem und geeignetem Fremdmaterial wiederverfüllt und der originären Nutzung (Landwirtschaft) wieder überlassen werden.
- gute Verkehrsanbindung an Ortsumgehung Ostrach mit Anbindung an das regional bedeutsame Straßennetz, zumindest nach Pfullendorf, Krauchenwies und Mengen ohne Ortsdurchfahrten.

5 Regionale Freiraumstruktur

5.1 Landwirtschaft

Das Vorhabensgebiet wird fast ausschließlich landwirtschaftlich genutzt. Nach Regionalplan liegt hier weder ein Schutzbedürftiger Bereich für die Landwirtschaft noch für den Rohstoffabbau vor.

FNP Ostrach, 2014: Die Landwirtschaft spielt flächenmäßig im Gemeindegebiet eine große Rolle. Während jedoch im Hauptort Ostrach nur noch eine Haupterwerbslandwirtschaft existiert, sind mehrere Landwirte in den Teilorten mit größeren und kleineren Betrieben angesiedelt. Überwiegend werden in der Gemeinde Mais und Getreide angebaut, als Sonderkulturen sind Streuobstwiesen angelegt.

Ausgehend von der Betrachtung der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebsstruktur im Untersuchungsraum sowie der landwirtschaftlichen Nutzflächen und deren Eignung werden die Auswirkungen des geplanten Gesteinsabbaus auf die Landwirtschaft durch den zwischenzeitlichen Entzug der Bewirtschaftungsflächen dargestellt.

5.1.1 Bestand

Quellen:

- www.statistik.baden-wuerttemberg.de. Es wurden die jeweils aktuellsten angebotenen Daten für die Gemeinde Ostrach, den Landkreis Sigmaringen, die Region Bodensee-Oberschwaben und das gesamte Land Baden-Württemberg ausgewertet.
- Schutzgut „Boden“ der Umweltverträglichkeitsuntersuchung

5.1.1.1 Bodennutzung und Flurbilanz

Entsprechend der Lage des Vorhabens im ländlichen Raum besitzt die Landwirtschaft in der Gemeinde Ostrach eine hohe Bedeutung. Dies wird u.a. durch die Verteilung der Nutzungsarten deutlich.

Tabelle 1: Verteilung der Nutzungsarten in Land, Region, Kreis und Gemeinde, Flächenerhebung 2013 in %

Nutzungsart	Anteil an der Bodenfläche insgesamt [%]			
	Gemeinde Ostrach	Kreis Sigma- ringen	Region Bodensee- Oberschwaben	Landeswert
Bodenfläche insgesamt	100	100	100	100
Siedlungs- und Verkehrsfläche ¹⁾	8	10	11	14
Landwirtschaftsfläche	51	50	55	46
Waldfläche	40	39	32	38
übrige Nutzungsarten, incl. Was- serflächen ²⁾	2	2	2	2

¹⁾ Summe aus Gebäudefläche, Betriebsfläche (ohne Abbau land), Erholungsfläche, Verkehrsfläche, Friedhof

²⁾ Summe aus Abbau land und Flächen anderer Nutzungen (ohne Friedhof)

Gegenüber 2001 ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf Kosten der Landwirtschaftsfläche um 1% gestiegen.

Die Region Bodensee-Oberschwaben (BO) verfügt über einen hohen Landwirtschaftsanteil. Im landesweiten Vergleich existieren hier weniger Siedlungs- und Waldflächen.

Der Landkreis Sigmaringen ist wiederum walddreicher, auf Kosten der Landwirtschaftsfläche. Dasselbe gilt für das Gemeindegebiet Ostrach. Hier ist die Siedlungs- und Verkehrsfläche als sehr niedrig einzuschätzen.

Tabelle 2 zeigt, wie die landwirtschaftlichen Flächen (LF) im Einzelnen genutzt werden.

Tabelle 2: Betriebsflächen nach Hauptnutzungsarten 1999 und 2010 in Land, Region, Kreis und Gemeinde

Nutzungsart	Anteil an der Bodenfläche insgesamt							
	Gemeinde Ostrach		Kreis Sigmarin- gen		Region Bodensee- Oberschwaben		Landeswert	
	1999	2010	1999	2010	1999	2010	1999	2010
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) in ha	5754	5802	56054	54498	179973	174095	1,44 Mio	1,41 Mio.
davon Ackerland in %	67	68	63	64	41	44	58	59
Dauergrünland in %	33	32	37	36	54	51	38	38
übrige landwirtschaftlich ge- nutzte Fläche	0	0	0	0	0	0	3	3

Danach nimmt die LF im betrachteten Zeitraum i.d.R. landesweit ab, auch in Region und Landkreis. Die Gemeinde Ostrach verzeichnet ein leichtes Plus (ca. 50 ha = +100 ha Ackerland – 50 ha Grünland).

Der Grünlandanteil ist in der Region BO erwartungsgemäß hoch, im Landkreis SIG und besonders in der Gemeinde Ostrach aber unter dem Landesdurchschnitt.

Landesweit nimmt der Ackeranteil auf Kosten des Grünlands zu (Grünlandumbruch). Dies schlägt besonders in der grünlandreichen Region BO zu Buche.

Die natürliche Bodenfruchtbarkeit wird im Schutzgut „Boden“ der UVU (Umweltverträglichkeitsuntersuchung nur als „mittelwertig“ für die Vorhabensfläche ermittelt (mäßig tief entwickelte Parabraunerden, genügend mächtige Lehm über Kies).

Auch gemeindeweit wird überwiegend allenfalls mittlere Bodenfruchtbarkeit erreicht (Daten aus: Landschaftsplan Ostrach, 2014, Abbildung 13).

Tabelle 3 zeigt die Fruchtverteilung auf den Äckern im Zeitraum 1999-2010.

Anbau in Ostrach im Betrachtungszeitraum 1999-2010:

Der Getreideanteil ist ca. gleich geblieben. Der Maisanbau hat sich ausgeweitet und belegt nun nach Weizen den 2. Platz (auf ca. 1/4 der Fläche). Zurückgegangen sind insbesondere Feldfrüchte, die in der Vergangenheit ohnehin schon nicht so häufig angebaut wurden (Raps, Hafer) bzw. Bracheflächen, die aktuell

fast gar nicht mehr vorkommen. Der Kartoffelanbau wurde ebenfalls stark eingeschränkt: 1979 noch > 200 ha.

Tabelle 3: Anbau auf dem Ackerland 1999 und 2010 in Land, Region, Kreis und Gemeinde

Nutzungsart	Anteil an der Bodenfläche insgesamt							
	Gemeinde Ostrach		Kreis Sigmaringen		Region Bodensee-Oberschwaben		Landeswert	
	1999	2010	1999	2010	1999	2010	1999	2010
Weizen / Dinkel in %	27	29	24	27	23	23	26	29
Gerste in %	25	22	27	23	21	18	23	20
Mais in %	16	26	9	21	19	30	16	22
Raps in %	14	12	12	9	9	7	8	8
Hafer in %	6	3	8	6	6	4	5	3
Brache in %	5	0	5	1	5	1	6	2
Sonstige in %	7	8	15	13	17	17	16	16

Damit liegt Ostrach ca. im landesweiten Mittel. Abweichungen sind: Stärkere Steigerung beim Maisanbau, höherer Rapsanteil, weniger Bracheflächen.

Für den Landkreis SIG und die Region BO gelten ähnliche Entwicklungen wie in der Gemeinde Ostrach.

Im Landkreis schlägt sich ein Anteil an Schwäbische-Alb-Flächen nieder: Höherer Gerste- und Hafer-Anteil, aber auch prozentual stärkere Ausweitung des Maisanbaus.

In der Region BO wird anteilmäßig im Betrachtungszeitraum mehr Mais an Stelle von Gerste und Raps angebaut.

Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der Viehhaltung im Zeitraum 1999-2010.

Viehhaltung in Ostrach im Betrachtungszeitraum 1999-2010:

Die Anzahl der Viehhaltenden Betriebe hat sich ca. halbiert. Die Anzahl der Tierbestände ist nicht im selben Ausmaß gesunken: Weniger Betriebe halten größere Bestände. Bei der Schweine- und Hühnerhaltung wird sogar eine Zunahme verzeichnet.

In Ostrach dominiert die Anzahl der Betriebe mit Rinder- und/oder Milchkuhhaltung (2010: 58 bzw. 40 Betriebe, durchschnittlich 75 Rinder), danach die Schweine- (38 Betriebe, durchschnittlich 650 Schweine)

und Hühnerhaltung (26 Betriebe, durchschnittlich 1280 Hühner). Während Schafe nur noch in 4 Betrieben gehalten werden, sind Pferde im Kommen (23 Betriebe).

Tabelle 4: Viehhaltung 1999 und 2010 in Land, Region, Kreis und Gemeinde

Viehbestand	Rückgang / Zunahme der Betriebe bzw. Tierbestände 1999-2010 in %							
	Gemeinde Ostrach		Kreis Sigmaringen		Region Bodensee-Oberschwaben		Landeswert	
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
Rinder	- 41	- 19	- 46	- 24	- 38	- 14	- 40	- 19
Milchkühe	- 52	- 15	- 54	- 24	- 42	- 16	- 49	- 20
Schweine	- 51	+ 16	- 61	- 11	- 63	- 17	- 58	- 8
Zuchtsauen	- 59	- 21	- 70	- 31	- 69	- 34	- 60	- 28
Schafe	- 56	- 54	- 40	- 52	- 23	- 20	- 24	- 13
Hühner	- 44	+ 5	- 54	+ 8	- 47	- 24	- 46	- 17
Pferde	+ 10	- 3*	+ 15	+ 13**	+/- 0	+ 13*	+ 1	+ 19*

*2007

** 2003

Im Landkreis Sigmaringen sind die Rückgänge bei der Rinder- und Schweinehaltung stärker, bei der Hühner- und Schafhaltung moderater. Die Betriebe fassen durchschnittlich deutlich geringere Tierbestände (Rinder, Schweine, Hühner) als in Ostrach. So hält Ostrach ca. ¼ der Schweinebestände des Landkreises.

In der Region BO mit höherem Grünlandanteil sind Rinder-, Kuh- und Schafhaltung geringer zurückgegangen. Insbesondere die Schweinehaltung spielt hier eine geringere Rolle. Ostrach hält 13 % der Schweinebestände in der Region.

Im landesweiten Vergleich sind die Viehbestände (Rinder, Schweine, Hühner) pro Betrieb in Ostrach überdurchschnittlich hoch (Faktor 2-3). Dies ergibt einen Rinderbesatz von 229 / 100 ha Grünland.

Ergebnis:

In Ostrach ist der Anteil landwirtschaftlicher Nutzflächen hoch. Anders als im landesweiten Vergleich ist hier landwirtschaftliche Nutzfläche kaum zurückgegangen. Wie landesweit ist auch hier in gewissem Maße Grünland zu Acker umgebrochen worden.

Die Ackernutzung hat sich in den letzten Jahren zugunsten des Mais verschoben, dabei ist der Getreideanteil stabil geblieben.

In Ostrach werden große Viehbestände gehalten, was sich wiederum auf die Ackernutzung auswirkt (Viehfutter).

5.1.1.2 Betriebsstruktur

In der Landwirtschaft hat sich im letzten Jahrzehnt der Wandel der Betriebsstrukturen fortgesetzt.

Auch für die Landwirtschaft der Region Bodensee-Oberschwaben (BO) hat in diesem Zeitraum die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe erheblich abgenommen. Im Zeitraum 1999 bis 2010 verringerte sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt um 26 %.

Tabelle 5 zeigt die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in der Region in den Jahren 1999 bis 2010.

Tabelle 5: Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur 1999 - 2010

Betriebe	Rückgang / Zunahme der Betriebe 1999-2010							
	Gemeinde Ostrach		Kreis Sigmaringen		Region BO		Landeswert	
	1999	2010	1999	2010	1999	2010	1999	2010
gesamt	148	110 (-26 %)	1855	1248 (-33 %)	7384	5485 (-26 %)	61070	44512 (-27 %)
< 5 ha	5	4 (-20 %)	59	40 (-32 %)	744	659 (-11 %)	11848	8097 (-32 %)
5-10 ha	16	13 (-19 %)	421	218 (-48 %)	1372	847 (-38 %)	12596	7693 (-39 %)
10-20 ha	32	20 (-38 %)	524	306 (-42 %)	1966	1310 (-33 %)	13547	9259 (-32 %)
20-50 ha	52	29 (-31 %)	517	322 (-38 %)	2545	1607 (-37 %)	15489	10353 (-33 %)
> 50 ha	43	44 (+ 2 %)	334	362 (+ 8 %)	757	1062 (+ 40 %)	7590	9110 (+ 20 %)
durchschn. Betr.größe in ha	38,9	52,7	30,2	43,7	24,4	31,7	23,5	31,7

Der Rückgang betrifft insbesondere Betriebe < 50 ha (landesweit). Betriebe müssen „weichen oder wachsen“. Landesweit wird eine Zunahme der Betriebe > 50 ha festgestellt (+ 20 %).

In der teilweise grünlandgeprägten Region BO ist die Anzahl der Kleinstbetriebe < 5 ha nur rel. gering zurückgegangen. Im Betrachtungszeitraum hat hier die Anzahl der Großbetriebe > 50 ha sehr stark zugenommen (+ 40 %).

Im eher ackerbaulich geprägten Landkreis Sigmaringen waren die Betriebe ohnehin schon größer. Hier waren die höchsten Rückgänge zu verzeichnen (< 50 ha) und nur geringe Zuwächse bei Großbetrieben (> 50 ha). In Ostrach bestanden schon 1999 sehr große Betriebe, die sich gehalten haben. Auch die kleinen Betriebe < 10 ha sind unterdurchschnittlich zurückgegangen. Überdurchschnittlich Rückgänge v.a. im mittleren Segment (10-20 ha) statt (Betriebsaufgabe und Abgabe der Fläche an die großen Betriebe).

5.1.1.3 Erwerbsstruktur

Tabelle 6: Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe 1999 - 2010

Betriebe	Rückgang / Zunahme der Betriebe 1999-2010							
	Gemeinde Ostrach		Kreis Sigmaringen		Region BO		Landeswert	
	1999	2010	1999	2010	1999	2010	1999	2010
gesamt	148	110	1855	1248	7384	5485	61070	44512
Anteil Haupterwerb	56 %	48 %	35 %	31 %	57 %	51 %	42 %	38 %
Anteil Nebenerwerb	45 %	53 %	65 %	69 %	43 %	49 %	58 %	63 %

Die Anzahl der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe geht zurück, dabei stärker bei den Haupterwerbsbetrieben. Die Anzahl der Haupterwerbsbetrieben liegt in den agrarisch geprägten Gebieten (Region Bo + Gemeinde Ostrach über dem Landesdurchschnitt).

Im Landkreis Sigmaringen ist insgesamt ein starker Betriebsrückgang zu verzeichnen. Vielfach kann sich nur noch Nebenerwerb halten. Der Anteil mit ökologischem Landbau liegt bei 4-5 % (1999 bzw. 2007, Land: 5%).

2010 existierten in Ostrach noch 110 Betriebe, die meisten als Haupterwerb > 30 ha oder Nebenerwerb < 10 ha:

Betriebsausrichtung	1991	1999	2003	2007	2010
Futterbau-, Weideviehbetriebe	140	82	56	52	40
Ackerbau-, Marktfruchtbetriebe	56	37	20	21	20
Veredlungsbetriebe	14	22	13	8	15
Verbund-, Gemischtbetriebe	10	19	48	42	33
Sonstige	0	1	2	1	2
Summe	220	161	139	124	110

Zahlenmäßig dominieren Futterbau- und Verbundbetriebe, hierbei dürfte es sich überwiegend um Nebenerwerbslandwirtschaft handeln.

Die Ackerbau- und Veredlungsbetriebe (Mast) dürften überwiegend Haupterwerb sein.

Die Anzahl der Betriebe hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert. Dabei sind die Veredlungsbetriebe (unter starken Schwankungen) ca. gleich geblieben.

5.1.2 Grundsätze und Entwicklungsziele

Der Landesentwicklungsplan führt u.a. als Ziel im Plansatz 5.3 für die Landwirtschaft an:

„Die für eine landwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden und Standorte, die eine ökonomisch und ökologisch effiziente Produktion ermöglichen, sollen als zentrale Produktionsgrundlage geschont werden; sie dürfen nur in unabweisbar notwendigem Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden.“

In der Begründung heißt es: „Obwohl die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Zug des tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandels in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückging und im Landesdurchschnitt weniger als 3 % der Erwerbstätigen im primären Sektor beschäftigt sind, kommt der Land- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg nach wie vor erhebliche Bedeutung zu. Sie besitzt durch die Produktion von Grundnahrungsmitteln und regionalen Spezialitäten, aber auch und künftig vermehrt als Rohstofflieferant für die heimische Industrie vor allem für den Ländlichen Raum ein hohes Gewicht und ein erhebliches Entwicklungspotenzial. Sie stützt zudem durch ihre vielfältigen Verflechtungen mit anderen Wirtschaftsbereichen das im Ländlichen Raum angesiedelte mittelständische Handwerk und Dienstleistungsgewerbe und trägt damit auch zur Erhaltung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze bei.“

Schutzbedürftige Bereiche für die Landwirtschaft nach Regionalplan 1996

Zur Sicherung hochwertiger landwirtschaftlicher Standorte werden vorrangig im Verdichtungsgebiet der Region Bodensee-Oberschwaben Bereiche festgelegt, in denen die Möglichkeit einer standortangepassten landwirtschaftlichen Bodennutzung langfristig erhalten werden soll.

Schutzbedürftige Bereiche für die Landwirtschaft sind von Bebauung freizuhalten, der großflächige Abbau von Rohstoffen ist zu unterlassen. Hiervon ausgenommen ist die Errichtung standortgebundener Anlagen der Land- und Forstwirtschaft.

Die ausgewiesenen schutzbedürftigen Bereiche konzentrieren sich hiermit v.a. auf das Bodenseebecken. Im strukturschwachen und von der Landwirtschaft noch geprägten Raum um Ostrach liegen keine schutzbedürftigen Flächen.

5.1.3 Auswirkungen des Vorhabens auf die Landwirtschaft

Die geplante Flächeninanspruchnahme umfasst 13,5 ha, was in etwa einem kleinen Landwirtschaftsbetrieb bzw. einem Nebenerwerbsbetrieb entspricht. Sie umfasst 0,2 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Gemeindegebiet Ostrach, 0,3 % der Ackerfläche.

Bezüglich der natürlichen Bodenfruchtbarkeit sind mittel-wertige, keine hochwertigen Böden betroffen. Es bestehen an dieser Stelle keine „Schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft“ nach Regionalplan.

Nach Luftbildanalyse bestehen auf der Vorhabensfläche 8 Bewirtschaftungseinheiten, darunter nur 2 größere mit > 1 ha Fläche.

Nach Auskunft des Landwirtschaftsamtes (Untere Landwirtschaftsbehörde, Landkreis Sigmaringen, Herr Zitterell) wird die Vorhabensfläche von 5 verschiedenen Haupterwerbslandwirten bewirtschaftet. Die Betriebsgrößen der 5 Landwirte betragen in 4 Fällen > 100 ha, in 1 Fall ca. 30 ha.

Durch die Kiesabbauerweiterung verliert kein Betrieb mehr als 5 % seiner Betriebsfläche, so dass keine Existenzgefährdung besteht.

Nach dem Kiesabbau wird die Fläche wieder verfüllt und so rekultiviert, dass sie wieder der Landwirtschaft zur Verfügung steht.

Auswirkungen auf die Wegeerschließung:

Durch Wegfall eines Abschnittes des Gemeindeverbindungsweges (GV) geht ein wichtiger Betriebsweg verloren. Der landwirtschaftliche Verkehr kann aber entlang des Nordrands der Vorhabensfläche umgeleitet werden. Hier besteht bereits ein ebenfalls befestigter Feldweg.

Ein notwendiges Erschließungsnetz zur Bewirtschaftung der umliegenden Flächen bleibt somit vollumfänglich erhalten.

Eine Behinderung landwirtschaftlicher Fahrzeuge durch den Kiesverkehr entsteht nicht, da Abbaumaterial innerbetrieblich über Förderband von der Eingriffsfläche zum bestehenden Werk geleitet wird. Auch der geplante Verfüllbetrieb soll innerbetrieblich abgewickelt werden, so dass keine umlaufenden Wege übergebührlich genutzt werden müssen.

Nach Ende von Abbau und Verfüllung wird der GV wiederhergestellt.

Die durch die Kiesentnahme im Nassabbau entstehende Kippwirkung ober- und unterstromig im Grundwasser führt nicht zu einer Beeinträchtigung der benachbarten Kulturflächen. Der Grundwasserflurabstand zu groß, als dass sich dies auswirken kann.

Durch die Verfüllung mit ortsbürtigem Material entsteht auch keine Umleitung des Grundwasserstroms, der sich negativ auf die umliegenden Kulturen auswirken würde.

Mit dem geplanten Kiesabbau werden keine bestehenden Drainagesysteme unterbrochen. Die abbauwürdige Kiesschicht unter der lehmigeren Auflage sorgt für eine natürliche Drainage.

Bezüglich der landwirtschaftlichen Belange entsteht **kein Konflikt** (einzelne Landwirte nur gering betroffen, Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Nutzung nach dem Kiesabbau, Erhaltung eines sinnvollen Feldwegenetzes).

5.2 Forstwirtschaft

5.2.1 Grundsätze und Entwicklungsziele

Ziel des Regionalplans 1996: „Zur nachhaltigen Sicherung der Erzeugung hochwertigen Holzes und zur Erhaltung der für den Naturhaushalt bedeutsamen Waldfunktionen werden Bereiche ausgewiesen, in denen eine standortgerechte und naturnahe forstliche Bewirtschaftung, die alle Waldfunktionen berücksichtigt, Vorrang vor anderen Raumnutzungen haben soll“.

Begründung: Mit der Ausweisung Schutzbedürftiger Bereiche für die Forstwirtschaft sollen forstwirtschaftlich, landschaftsökologisch und gesellschaftlich besonders wertvolle Waldgebiete vor einer Inanspruchnahme durch andere Raumnutzungen wirksam geschützt werden (Produktionswald, Erholungswald, „Schutz“wälder).

5.2.2 Bestand und Auswirkungen

Auf der Eingriffsfläche sind keine Waldflächen betroffen.

Die dem Vorhaben am nächsten ausgewiesenen „Schutzbedürftigen Bereiche für die Forstwirtschaft“ sind die

- Nr. 14 „Waldgebiete nördlich und nordöstlich von Pfullendorf“ (s. Abbildung 2: dunkelgrüne Flächen), Abstand knapp 800 m zum Vorhaben.

Sonstige größere Waldflächen (Nicht-schutzbedürftige Waldflächen) liegen mit dem Wagenhart im Osten näher zum Vorhaben: Mindestabstand 150 m zum Vorhaben.

Die durch die Kiesentnahme im Nassabbauentstehende Kippwirkung ober- und unterstromig im Grundwasser führt nicht zu einer Beeinträchtigung der benachbarten Forstflächen. Der Grundwasserflurabstand zu

groß, als dass sich dies auswirken kann. Durch die Verfüllung mit ortsbürtigem Material entsteht auch keine Umleitung des Grundwasserstroms, der sich negativ auf die umliegenden Kulturen auswirken würde.

Bezüglich der forstwirtschaftlichen Belange entsteht **kein Konflikt**.

6 Infrastruktur

Die Lage der geplanten Abbaufäche zu Ver- und Entsorgungseinrichtungen wie Strom-/Gasleitungen u.ä. zur Energieversorgung und Abfallentsorgungseinrichtungen sowie zu wasserwirtschaftlichen Einrichtungen (Wasserschutz- bzw. Wasserschongebiete, Wasserentnahmestellen, Kläranlagen) wird dargestellt und mögliche Auswirkungen und Konflikte werden ermittelt und beschrieben.

Vorhandene raumbedeutsame Straßen- und Schienenverkehrsverbindungen, die durch das geplante Vorhaben in ihren Funktionen bzw. Entwicklungsmöglichkeiten behindert oder sonst irgendwie beeinträchtigt werden könnten, werden beschrieben (Lage, Entfernungsangaben) und die Auswirkungen des Vorhabens auf diese ermittelt.

Als Bewertungsgrundlage dienen die allgemeinen Ziele und Grundsätze der Raumplanung.

6.1 Verkehrswesen

6.1.1 Verkehrsinfrastruktur

Grundsatz nach Regionalplan (1996):

Das Verkehrsangebot in der Region soll so gestaltet werden, dass u.a. die Bevölkerung vom Lärm und Abgas entlastet wird.

Im Güterverkehr ist die Verknüpfung der Verkehrsmittel an Schnittstellen, an denen auch Flächen für das Verkehrsgewerbe vorzusehen sind, und die Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsträgern zu fördern. Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ist vorrangig zu fördern.

Zur Begründung der Grundsätze gibt der Regionalplan u.a. an:

Die Region Bodensee-Oberschwaben wurde Jahrzehnte beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt. Daraus ergeben sich Nachteile für die Verkehrsqualität in der Region sowie im Anschluss der Region an die benachbarten Wirtschaftsräume im In- und Ausland. Um den Verkehrsbedarf insgesamt befriedigen zu können, ist die Verkehrsinfrastruktur besonders in den Landesentwicklungsachsen quantitativ und qualitativ weiter zu entwickeln.

Bei der weiteren Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur sind gesamtwirtschaftliche Nutzungs- und Sicherheitsüberlegungen zu beachten, insbesondere sind die negativen Umweltaspekte des Straßenverkehrs mit seinen nachteiligen Wirkungen für die Bevölkerung, die Natur und die Landschaft zu berücksichtigen. Bei Eingriffen in Landschaft und Natur durch den Bau von Verkehrsinfrastrukturen gilt wie in anderen Fällen das Minimierungsgebot. Auf Möglichkeiten der Verkehrsvermeidung durch konsequente Verfolgung des Zentrale-Orte-Systems und eines Leitbilds der kurzen Wege wird hingewiesen.

6.1.1.1 Straßenverkehr

Grundsatz nach Regionalplan (1996):

Zur Entwicklung innerhalb der Region und zum Anschluss der Region an die benachbarten Wirtschaftsräume im In- und Ausland ist das Straßennetz weiter zu verbessern. Vorrangig sind die großräumigen und überregionalen Straßenzüge des Fernstraßennetzes leistungsfähig auszubauen, um den Verkehr zu bündeln und Städte und Gemeinden vom Durchgangsverkehr zu entlasten.

Das regional bedeutsame Straßennetz ist weiter zu verbessern, um einen wirtschaftlichen und sicheren Verkehrsablauf zu sichern und den ländlichen Raum anzubinden. Im übrigen Straßennetz sollen weitgehend nur bestandserhaltende Maßnahmen vorgenommen werden.

Zur Begründung der Grundsätze gibt der Regionalplan u.a. an:

Die Region weist ein dichtes Straßennetz auf, das großenteils gut ausgebaut ist; es fehlt aber der durchgehende leistungsfähige Ausbau des großräumigen, überregionalen Straßennetzes.

Nach dem durchgehenden Ausbau der A 96 Memmingen-Lindau und der B 31 Stockach-Lindau wird es immer noch große Lücken im Zuge der B 30, der B 32, der B 33 und der B 311 geben.

Leistungsfähige Verbindungen zwischen den zentralen Orten im Straßennetz der Kategorie I sind in der Region großenteils nicht gewährleistet. Außerhalb und insbesondere innerhalb der Ortschaften kommt es immer wieder zu Engpässen und Staus auf den wichtigen Verbindungen der Region.

Dies alles vor dem Hintergrund, dass Baden-Württemberg einen besonders hohen Nachholbedarf im Fernstraßenbau hat, die wenigsten Autobahn-Km/Einwohner unter den alten Bundesländern und eine besonders hohe Motorisierungsdichte in Deutschland aufweist. Die Region Bodensee-Oberschwaben hat zusammen mit der Region Franken die höchste Motorisierungsdichte in Baden-Württemberg mit mehr als 664 Kfz/1000 Einwohner bzw. 532 PKW/1000 Einwohner (31.12.1995)³.

Insbesondere sind die Planungen im überregionalen Straßennetz u.a. im Raum Meßkirch/ Sigmaringen/ Mengen/ Krauchenwies/ Meßkirch beschleunigt weiterzuführen und die einzelnen Trassenprobleme aufgrund einer übergeordneten Netzkonzeption zu lösen.

Im Umfeld von Ostrach verlaufen folgende regional bedeutsame Straßenzüge:

Kategorie I⁴:

- B 311 als überregionale Verbindung zwischen Oberzentren (Ulm > Villingen-Schwenningen) über Herbertingen und Meßkirch:
Lage mind. 12 km nördlich Ostrach, Anschluss in Krauchenwies und Mengen
- B 32 als überregionale Verbindung zwischen Oberzentren (Ravensburg > Tübingen/Reutlingen) über Herbertingen:
Lage mind. 12 km nordöstlich Ostrach, Anschluss in Altshausen oder Bad Saulgau.

Kategorie II:

³ 622 Pkw / 1.000 Einwohner Gemeinde Ostrach 2013 (www.statistik-baden-wuerttemberg.de)

⁴ Ausbau, Leistungsfähigkeit und Verkehrsqualität einer Straße sollen sich nach der Kategorisierungsstufe bemessen. Die Beseitigung von Engpässen und Mängeln in diesem Netz sowie deren Dringlichkeitseinstufung soll vorrangig an der Kategorisierungsstufe orientiert werden.

- B 32 als überregionale Verbindung zwischen Mittel-/Oberzentren (Sigmaringen > Tübingen/ Reutlingen):
Lage mind. 15 km nördlich Ostrach, Anschluss in Mengen.
- **L194 / L 280** als regionale Verbindung von Mittelzentren (Überlingen > Pfullendorf > Bad Saulgau) über Ostrach.
- L 456 als regionale Verbindung von Mittelzentren (Überlingen > Pfullendorf > Sigmaringen) über Krauchenwies:
Lage mind. 12 km westlich Ostrach, Anschluss in Pfullendorf oder Krauchenwies.

Kategorie III:

- L 201 (b) als regionale Verbindung zwischen Ober-/Unterzentren (Pfullendorf > Ravensburg) über Wilhelmsdorf:
Lage mind. 10 km westlich Ostrach, Anschluss in Pfullendorf oder Denkingen.
- **L 280** (Überlingen>) Denkingen > Ostrach.
- **L 279** Herbertingen> Hohentengen > Ostrach.
- **L 286** Aulendorf > Altshausen > Ostrach > Krauchenwies
- **L 288** Ostrach > Wilhelmsdorf > Ravensburg

Ostrach wird somit aufgrund seiner Lage von zahlreichen regional bedeutsamen Straßenzügen (Landesstraßen) aus allen Richtungen angefahren (in der Auflistung oben **fett**, direkte Verbindungen nach Pfullendorf, Bad Saulgau, Denkingen, Hohentengen, Altshausen, Krauchenwies), überwiegend der Kategorie III.

Es wurden allerdings mittlerweile mehrere Ortsumfahrungen unter anderem auch um Ostrach herum angelegt. Nur noch ein Teil der Durchfahrten geht in Richtung Westen (Pfullendorf, Denkingen, Krauchenwies). Nach Passage der Ortsdurchfahrt streut der Verkehr je nach Bestimmungsort stark.

6.1.1.2 Regional bedeutsame Straßenbaumaßnahmen

Ziel nach Regionalplan (1996):

Das regional bedeutsame Straßennetz ist zu erhalten und weiter auszubauen. Soweit keine abgeschlossenen Straßenplanungen der Straßenbauverwaltung vorliegen, sind Freihaltetrassen für geplante bzw. später mögliche Straßenbaumaßnahmen von konkurrierenden Nutzungen freizuhalten. Die Trassen sind in der Raumnutzungskarte dargestellt.

Danach sind im Raum Ostrach folgende Freihaltetrassen vorgesehen:

- Ortsumgehungen für Ostrach, Krauchenwies, Pfullendorf, Hoßkirch, Eichstegen

Die Ortsumfahrungen Ostrach (L 286 Nordumfahrung), Krauchenwies (L 286 Nordostumfahrung) sowie Pfullendorf (L194 Nordumfahrung) sind allerdings bereits verwirklicht.

Außerdem sind folgende Ausbaumaßnahmen vorgesehen:

- einfacher Ausbau für die Strecke L280 Ostrach – Bad Saulgau.
- Ausbau für die Strecke L288 Ostrach – Unterweiler.
- später möglicher Ausbau für die Strecke L288 Unterweiler - Königseggwald.

6.1.1.3 Schienenverkehr

Grundsatz nach Regionalplan (1996):

Die Güterverkehrsstrecke Altshausen – Ostrach – Pfullendorf (u.a.) ist, soweit auch in Zukunft eine verkehrliche Bedeutung zu erwarten ist, in einem qualifizierten Ausbaustandard zu erhalten.

Zur Begründung des Grundsatzes gibt der Regionalplan u.a. an:

Die Güterverkehrsstrecken gehören zur unverzichtbaren Infrastruktur im strukturschwachen, ländlichen Raum. Seit der Aufhebung des Personenverkehrs sind die Güterverkehrsstrecken im Ausbaustandard stark vernachlässigt worden.

Mit den Strecken werden Schwerpunkte im Güterverkehrsaufkommen der Region in das Schienennetz eingebunden: u.a. Pfullendorf (Möbel- und Sanitärbetriebe) und Ostrach (geplante Kiesverladung). Zur Sicherung dieser Güterverkehrsstrecken sind die Bemühungen um eine Steigerung des Güterverkehrsaufkommens zu verstärken.

Gegenwärtig ist, wie in der Vergangenheit und auch mittelfristig für die Zukunft anzunehmen, ein wirtschaftlicher Kiestransport aus Ostrach über die Schiene nicht möglich. Das Kieswerk liegt zu weit entfernt von einer möglichen Schienenanbindung (Entfernung ca. 1,4 km zu den Werksanlagen). Weiterhin liegt der Ort Ostrach zwischen dem Kiesabbaugelände und der Schiene, was ebenfalls gegen eine Schienenanbindung spricht. Eine mögliche Schienentrasse scheidet damit für den Standort aus. Hierfür liegen die Absatzorte zu zerstreut und dezentral, dazu kommt eine zeitliche Varianz. Für die Wirtschaftlichkeit wäre ein konstanter größerer Abnehmer in Streckennähe vonnöten. Auch auf Dauer ist mit keinen dauerhaften Abnahmeschwerpunkten zu rechnen, sodass eine Verlagerung auf die Schiene unwahrscheinlich ist.

6.1.2 Auswirkungen des Vorhabens auf die Verkehrsinfrastruktur

Die geplante Erweiterung dient ausschließlich der Bedarfsdeckung und der Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes. Eine Produktionssteigerung ist nicht geplant. Das Vorhaben der Antragstellerin führt deshalb gegenüber dem bestehenden werksbedingten LKW-Aufkommen prinzipiell nicht zu einer Erhöhung des Verkehrsaufkommens. Lokal und zeitweise kann es innerhalb der wirtschaftlichen Schwankungen zu lokalen und zeitweisen Abweichungen bei den Verkehrszahlen kommen.

Die derzeitige Ausprägung des Kiesverkehrs ist in der Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU), Schutzgut „Mensch“ ausführlicher dargestellt.

Das Kieswerk ist seit einigen Jahren an die Ortsumfahrung Ostrach angebunden. Die Ortsdurchfahrten Ostrach konnten damit deutlich reduziert werden. Von der Ortsumfahrung besteht direkter Anschluss an die L286 (Krauchenwies, Mengen, Altshausen), L280 (> L 279) (Hohentengen, Bad Saulgau).

Nur in Richtung L 194 (Pfullendorf), L280 (Denkingen) und L 288 (Wilhelmsdorf) muss Ostrach noch durchfahren werden. Dieser Raum wird aber überwiegend durch andere Kieswerke bedient. Der überwiegende Verkehr läuft über die gut ausgebaute L 286 in Richtung Krauchenwies / Donautal (Anschluss an B 311 und B 32, bis Sigmaringen und in den Raum Reutlingen, Tübingen). Eine weniger genutzte Alternativroute zur B 311, B32 führt über Hohentengen / Herbertingen (mit Ortsdurchfahrten!).

Aufgrund des streuenden Kiesverkehrs kann nicht von einer besonderen Belastung einzelner Straßenzüge ausgegangen werden. Auf der L 286 Ostrach > Krauchenwies bildet der Kiesverkehr keinen hohen (außerordentlich behindernden) Verkehrsanteil.

Zumindest werden durch das geplante Abbauvorhaben die bestehenden Verhältnisse nicht verschlechtert, sondern zeitlich verlängert.

Negative Auswirkungen auf bestehende oder geplante verkehrstechnische Einrichtungen sind daher nicht zu erwarten.

Eine Verlagerung des Werkstransports auf die Schiene ist nach wie vor aus wirtschaftlichen und logistischen Gründen wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Das Vorhaben steht nicht im Widerspruch zu Grundsätzen oder Zielen der Raumplanung. Mit der kleinräumigen Auslieferung von Baumaterial wird das Prinzip der kurzen Wege befolgt. Durch das Vorhaben werden längere Anfahrtswege von anderen Standorten gespart.

Kreisstraßen (= erhöhter Anteil an Ortsdurchfahrten) werden beim großräumigen Transport nicht genutzt, sondern erst nahe des Lieferziels (weite Streuung).

Bezüglich der raumplanerischen Vorgaben für verkehrstechnische Einrichtungen ergibt sich demnach **kein Konflikt**.

6.2 Versorgungsinfrastruktur

6.2.1 Post- und Fernmeldewesen, Kommunikationstechnik

Grundsatz nach Regionalplan (1996):

In der Region ist eine ausreichende und flächendeckende Versorgung mit Dienstleistungen der Postunternehmen auch in dünn besiedelten Räumen sicherzustellen.

Die im Regionalplan dargestellten Richtfunkstrecken für den Nachrichtenverkehr sind vor baulichen Hindernissen zu schützen.

Auswirkungen des geplanten Kiesabbaus:

Entlang des Nordrands der Vorhabensfläche verläuft entlang der Südseite des umlaufenden Feldwegs eine unterirdische Kabeltrasse der Telekom von Jettkofen nach Osten (Gunzenhausen, Tafertsweiler) (Auskunft der Telekom 09.02.10). Diese muss während der Abbau- und Verfüllarbeiten geschont werden.

Davon abzweigend verläuft quer über die Erweiterungsfläche (Nord-Süd-Richtung) eine unterirdische Kabelverbindung zum Asphaltmischwerk im Abbaugelände.

Diese muss vor dem geplanten Kiesabbau um den Ostrand der Vorhabensfläche verlegt werden.

Sonstige Belange des Fernmeldewesens werden mit dem Vorhaben nicht berührt. Nahe Ostrach verlaufen keine Richtfunkstrecken für den Nachrichtenverkehr nach Regionalplan.

6.2.2 Energieversorgung

Grundsätze nach Regionalplan (1996) u.a.:

Der Anteil der umweltfreundlichen Energiearten soll erhöht, die leitungsgebundene Energieversorgung mit Erdgas und Elektrizität in Abstimmung auf das Siedlungskonzept weiter ausgebaut werden.

Zur Begründung der Grundsätze gibt der Regionalplan u.a. an:

Die Erzeugung von Elektrizität findet fast ausschließlich außerhalb der Region statt. Das in der Raumnutzungskarte dargestellte 220/380-kV-Höchstspannungsnetz dient dem Transport und der Hauptverteilung der Elektrizität im Land, das 110-kV-Netz der Hauptverteilung in der Region. Ein vielfältiges, sicheres, preisgünstiges Energieangebot ist Voraussetzung für die Entwicklung der Region. Die Energieversorgung ist in den zurückliegenden Jahren quantitativ und qualitativ verbessert worden. In der Region wurde eine Zunahme des Anteils der Energiearten Erdgas und Elektrizität zu Lasten des Mineralöls prognostiziert. Diese Tendenz wird sich fortsetzen. Das Erdgas als leitungsgebundene Energie soll unter Berücksichtigung des Siedlungsleitbildes weiter ausgebaut werden.

Vorschläge nach Regionalplan (1996) u.a.:

- Netzergänzung Erdgas: u.a. im Raum Ostrach

Im Regionalplan dargestellt sind:

- bestehende Höchstspannungsleitungen sowie Freihaltetrassen für geplante Höchstspannungsleitungen
- bestehende und geplante Umspannwerke

Auswirkungen des geplanten Kiesabbaus:

- Östlich des Vorhabens verläuft eine Hochspannungsleitung (Freileitung) Pfullendorf > Ostrach > Herbertingen. Der Mindestabstand zum Vorhaben beträgt 130 m. Eine Beeinträchtigung ist daher nicht zu erwarten.
Dieselbe Freileitung verläuft bereits über sog. „Mastinseln“ durch das bestehende Kiesabbaugebiet.
- Von der genannten Hochspannungsleitung abzweigend und parallel dazu verläuft eine kleinere **Freileitung (20kV)** zur Versorgung von Gunzenhausen (FNP Ostrach). Sie liegt nahe östlich des Vorhabens: Der Mindestabstand zum Vorhaben beträgt ca. 10 m. ggf. muss bei dem Einsatz größeren Geräts auf diese Leitung besonders geachtet werden.
- Entlang des Südoststrands der Vorhabensfläche verläuft entlang der Nordseite des umlaufenden Feldwegs eine **unterirdische Stromkabelverbindung** der EnBW von oben genannter 20kV-Leitung zum Asphaltmischwerk im Kieswerk (Auskunft der EnBW vom 26.01.10).
Diese am Abbaurand gelegene Leitung muss während des Vorhabens beachtet werden. Eine direkte Verbindung zwischen bestehendem und geplantem Abbaugebiet wird in diesem Böschungsbereich ohne Umleitung dieser Trasse nicht möglich.

Sonstige Belange der Energieversorgung werden mit dem Vorhaben nicht berührt:

- Nach Angabe der Thüga Energienetze GmbH, Singen (26.01.10), besteht im Bereich des Abbauvorhabens keine Gasleitung.
- nach Regionalplan existieren im Umkreis des Vorhabens keine Freihaltetrassen für Hochspannungsleitungen und keine bestehenden oder geplanten Umspannwerke.

6.2.3 Sonstige Ver-/Entsorgungseinrichtungen

Am Nordrand der Vorhabensfläche verläuft nördlich des bestehenden Feldwegs eine Wasserleitung. Diese bleibt mit dem Feldweg erhalten und wird mit dem Kiesabbau nicht beeinträchtigt.

Weitere Leitungen bestehen im Einflussbereichs des Vorhabens nicht.

Auch Wasserfernleitungen oder Wasserfassungen nach Regionalplan sind durch das Vorhaben nicht betroffen. Dies gilt auch für Kläranlagen und Deponien.

6.2.4 Auswirkungen des Vorhabens auf Ver- und Entsorgungseinrichtungen

Folgende Leitungsverbindungen verlaufen durch die Vorhabensfläche:

- Kabeltrasse der Telekom: vom Nordrand der Vorhabensfläche zum Asphaltmischwerk; diese muss vor dem geplanten Kiesabbau um den Ostrand der Vorhabensfläche verlegt werden.

Folgende Leitungsverbindungen verlaufen entlang der Vorhabensfläche:

- Kabeltrasse der Telekom: entlang des Nordrands (südlich des Feldwegs); diese muss während der Abbau- und Verfüllarbeiten beachtet werden.
- Wasserleitung: entlang des Nordrands (nördlich des Feldwegs); diese muss während der Abbau- und Verfüllarbeiten beachtet werden.
- Freileitung Strom 20 kV: entlang des Ostrands (Abstand 10 m außerhalb des Vorhabens); diese muss während der Abbau- und Verfüllarbeiten beachtet werden.
- Unterirdische Stromkabelverbindung der EnBW: vom Ostrand um den Südrand der Vorhabensfläche von oben genannter 20kV-Leitung zum Asphaltmischwerk; die Leitung muss während des Vorhabens beachtet werden.

Eine Verbindung zwischen bestehendem und geplantem Abbaubereich wird in diesem Böschungsbereich ohne Umleitung dieser Kabeltrasse nicht möglich.

Folgende Leitungsverbindungen haben ausreichenden Abstand zum Vorhaben, es sind keine Maßnahmen erforderlich:

- Hochspannungsleitung (Mindestabstand 130 m).

Ergebnis:

Notwendige Maßnahmen zum Schutz umliegender Leitungsverbindungen:

- Verlegung einer Kabeltrasse der Telekom, ggf. einer unterirdischen Stromkabelverbindung
- Beachtung der Telefon-, Wasser- und Stromleitungen entlang der Abbaugrenze

6.3 Verteidigung

Verteidigungsanlagen sind aus heutiger Sicht durch die Norderweiterung nicht betroffen. Eine Betrachtung des Raumfaktors „Verteidigung“ in der Raumordnung entfällt daher.

7 Zusammenfassung

Die Firma Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG plant die Erweiterung des bestehenden Kiesabbaus am Standort Ostrach um 13,50 ha in nördlicher Richtung. Die gesamte vom Vorhaben betroffene Fläche umfasst außer den betroffenen Ackerflächen Teile der Nordböschung des „Saustocksees“. Damit sind insgesamt 17,10 ha vom Vorhaben betroffen. Der gegenwärtige Abbau basiert auf der Entscheidung vom 07.04.2004 (Landratsamt Sigmaringen: natur- und baurechtliche Genehmigung, wasserrechtliche Planfeststellung).

Die Entscheidung über die Erforderlichkeit eines Raumordnungsverfahrens (ROV) für die Vorhabensfläche wurde vom Regierungspräsidium Tübingen mit Schreiben vom 04.0.2014 geprüft. Danach ist ein ROV durchzuführen, da der Schwellenwert von 10 ha überschritten wird (s. Raumordnungsverordnung §1 Nr. 17).

Raumordnerische Rahmenbedingungen

Die Erweiterungsfläche ist nach der Strukturkarte des Regionalplans nicht für den Rohstoffabbau ausgewiesen (Kein „schutzbedürftiger Bereich für den Rohstoffabbau“). Der westliche Teil der Erweiterungsfläche (ca. 2,5 ha) ist zudem als Ausschlussbereich für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen (Siedlungsnähe, Teilregionalplan 2003, Plansatz 2.2)). Ein Zielabweichungsverfahren (§6 (2) ROG i.V. m. §24 LPiG) wird daher notwendig. Die dafür erforderlichen Unterlagen werden zusammen mit den Unterlagen für das Raumordnungsverfahren vorgelegt.

Raumordnerische Belange außerhalb des Umweltbereichs

Im vorliegenden Teil der Raumordnungsunterlagen wurden die raumbedeutsamen Auswirkungen des Vorhabens außerhalb des Umweltbereichs beschrieben. Vorrangiges Ziel war, zu prüfen, ob das Vorhaben mit den Grundsätzen und Zielen der Raumplanung vereinbar ist. Dazu wurden der Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg (2002), der derzeit rechtskräftige Regionalplan „Bodensee-Oberschwaben“ (1996), der neue Flächennutzungsplan der Gemeinde Ostrach sowie Daten des Statistischen Landesamtes verwendet.

Allgemeine raumstrukturelle Gesichtspunkte

Das Abbauvorhaben steht bezüglich vieler Gesichtspunkte nicht im Gegensatz zum Regionalplan. Es kann als umweltverträgliche Stärkung der Wirtschaft im ländlichen Raum eingeordnet werden. Dabei wird ein bestehender Kiesabbaustandort gesichert.

Bedenken bezüglich der umliegenden Wasserschutzgebiete bzw. der unterschrittenen Abstandsfläche zur Wohnbebauung Jettkofen (Immissionsschutz) konnten, den UVU- Gutachten folgend, ausgeschlossen werden.

Die Folgenutzungsplanung sieht die Wiederherstellung der ursprünglichen Nutzung (Landwirtschaft) vor. Es handelt sich somit nur um eine vorübergehende Abbaunutzung (Vorhabensdauer Abbau + Verfüllung ca. 20 Jahre).

Damit besteht bez. allgemeiner raumstruktureller Gesichtspunkte **kein Konflikt**.

Siedlungswesen

Die Mindestabstände der Vorhabensfläche zu Siedlungsgebieten betragen:

- 160 m zu „Mischgebiet“: Ortsbebauung von Jettkofen im Westen
- 250 m zu „geplantem Wohngebiet“ (O6, 0,23 ha): östlicher Ortsrand von Jettkofen im Südwesten

Die Vorhabensfläche (13,5 ha) überschneidet sich der Ausschlussfläche für den Rohstoffabbau nach Regionalplan. Die Überschneidung beträgt lediglich 2,5 ha am westlichen Ende des Vorhabens. Die Ausschlussfläche liegt 300 m um bestehende Wohngebiete, um das Wohnumfeld zu schützen.

Immissionsschutz:

Es war durch entsprechende Lärm- und Staubgutachten nachzuweisen, dass Störungen und Beeinträchtigungen der Wohnbevölkerung ausgeschlossen werden können. Dieser Nachweis konnte erbracht werden (s. UVU, Schutzgut „Mensch“).

Erholung und Freizeit:

Der Eingriff in den Ausschlussbereich beträgt nur 2,5 ha. Zudem ist das Vorhaben zeitlich befristet: Nach Ablauf von ca. 20 Jahren wird das ursprüngliche Gelände wieder hergestellt.

Der Begriff „fußläufig erreichbarer Erholungs- und Freizeitraum“ ist relativ vage (300 m).

Zu berücksichtigen ist, dass innerhalb des Ausschlussbereichs (=fußläufig erreichbarer Erholungs- und Freizeitraum, 300 m) bereits genehmigter Kiesabbau betrieben wird. Ansonsten handelt es sich bei der Eingriffsfläche um ohnehin „nicht begehbare“ Ackerfläche. Die Kulturlandschaft bleibt, bei leicht reduziertem Wegenetz weiterhin nutzbar.

In Anbetracht der Kleinflächigkeit und des vorübergehenden Charakters des Vorhabens entsteht bezüglich des „Ausschlussbereiches Kiesabbau“ **kein Konflikt**.

Gewerbliche Wirtschaft, Rohstoffsicherung

Gewerbegebiete, Erholungseinrichtungen oder mögliche Windkraftstandorte kommen im näheren Umkreis des Vorhabens nicht vor und können nicht betroffen werden (**kein Konflikt**).

Das Vorhaben entspricht den Vorgaben des Regionalplanes und des FNP bezüglich Industrie und Gewerbe: Sicherung von Gewerbestandorten im ländlichen Raum, vornehmlich an den zentralen Orten (Ostrach) durch langfristigen Erhalt des Kieswerks Ostrach als wichtiger Arbeitgeber in Ostrach.

Das Vorhaben entspricht den Vorgaben des Regionalplanes und des FNP bezüglich der Rohstoffwirtschaft:

- Bestehende Abbaustandorte sollen möglichst vollständig abgebaut und dazu in Fläche und Tiefe erweitert werden, bevor in neue Rohstoffvorkommen eingegriffen wird.
- Es handelt sich bei dem geplanten Abbauvorhaben jedoch nur um eine rel. kleine Abweichung im Regionalplan (13,4 ha im Vergleich zu ca. 700 ha Schutzbedürftigen Bereichen und Sicherungsbereichen im Landkreis Sigmaringen).
- Der regionale Flächenbedarf der Rohstoffgewinnung ist an geeigneten, d.h. umwelt- und raumplanungsbezogen relativ konfliktarmen und gleichzeitig lagerstättenhöffigen Standorten ist zu sichern. Dieser Fall ist hier gegeben.

Weitere Vorteile am Standort Ostrach sind:

- Erweiterungsfläche kann mit ortsbürtigem und teilweise Fremdmaterial wiederverfüllt und der originären Nutzung (Landwirtschaft) wieder überlassen werden.
- gute Verkehrsanbindung an Ortsumgehung Ostrach mit Anbindung an das regional bedeutsame Straßennetz, zumindest nach Pfullendorf, Krauchenwies und Mengen ohne Ortsdurchfahrten.

Landwirtschaft

Die geplante Flächeninanspruchnahme umfasst 13,5 ha, was ca. einem kleinen Landwirtschaftsbetrieb bzw. einem Nebenerwerbsbetrieb entspricht. Sie umfasst 0,2 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Gemeindegebiet Ostrach, 0,3 % der Ackerfläche.

Nach Auskunft des Landwirtschaftsamtes wird die Vorhabensfläche von 5 verschiedenen Haupterwerbslandwirten bewirtschaftet. Durch die Kiesabbauerweiterung verliert kein Betrieb > 5 % seiner Betriebsfläche, so dass keine Existenzgefährdung besteht.

Nach dem Kiesabbau wird die Fläche wieder hergerichtet, so dass sie wieder der Landwirtschaft zur Verfügung steht.

Auswirkungen auf die Wegeerschließung:

Durch Wegfall eines Abschnittes des Gemeindeverbindungsweges (GV) geht ein wichtiger Betriebsweg verloren. Der landwirtschaftliche Verkehr kann aber entlang des Nordrands der Vorhabensfläche gleichwertig bei geringem Verlust von Wegstrecke umgeleitet werden.

Bezüglich der landwirtschaftlichen Belange entsteht **kein Konflikt** (einzelne Landwirte nur gering betroffen, Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Nutzung nach dem Kiesabbau, Erhaltung eines sinnvollen Feldwegenetzes).

Forstwirtschaft

Auf der Eingriffsfläche sind keine Waldflächen betroffen.

Sonstige größere Waldflächen (nicht schutzbedürftige Waldflächen nach Regionalplan) liegen mit dem Wagenhart im Osten näher zum Vorhaben: Mindestabstand 150 m zum Vorhaben.

Bezüglich der forstwirtschaftlichen Belange entsteht **kein Konflikt**.

Infrastruktur: Verkehr

Die geplante Erweiterung dient ausschließlich der Bedarfsdeckung und der Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes. Eine Produktionssteigerung ist nicht geplant. Das Vorhaben führt deshalb gegenüber dem bestehenden werksbedingten LKW-Aufkommen prinzipiell nicht zu einer Erhöhung des Verkehrsaufkommens. Lokal und zeitweise kann es innerhalb der wirtschaftlichen Schwankungen zu lokalen und zeitweisen Abweichungen bei den Verkehrszahlen kommen.

Das Kieswerk ist seit einigen Jahren an die Ortsumfahrung Ostrach angebunden. Die Ortsdurchfahrten Ostrach konnten damit deutlich reduziert werden. Nur in Richtung L 194 (Pfullendorf), L280 (Denkingen) und L 288 (Wilhelmsdorf) muss Ostrach noch durchfahren werden. Dieser Raum wird aber überwiegend durch andere Kieswerke bedient.

Der überwiegende Verkehr läuft über die gut ausgebaute L 286 in Richtung Krauchenwies / Donautal (Anschluss an B 311 und B 32, bis Sigmaringen und in den Raum Reutlingen, Tübingen).

Aufgrund des streuenden Kiesverkehrs kann nicht von einer besonderen Belastung einzelner Straßenzüge ausgegangen werden. Auf der L 286 Ostrach > Krauchenwies bildet der Kiesverkehr keinen hohen (außerordentlich behindernden) Verkehrsanteil.

Zumindest werden durch das geplante Abbauvorhaben die bestehenden Verhältnisse nicht verschlechtert, sondern zeitlich verlängert.

Negative Auswirkungen auf bestehende oder geplante verkehrstechnische Einrichtungen sind daher nicht zu erwarten.

Das Vorhaben steht nicht im Widerspruch zu Grundsätzen oder Zielen der Raumplanung. Mit der kleinräumigen Auslieferung von Baumaterial wird das Prinzip der kurzen Wege befolgt. Durch das Vorhaben werden längere Anfahrtswege von anderen Standorten gespart.

Kreisstraßen (= erhöhter Anteil an Ortsdurchfahrten) werden beim großräumigen Transport nicht genutzt, sondern erst nahe des Lieferziels (weite Streuung).

Bezüglich der raumplanerischen Vorgaben für verkehrstechnische Einrichtungen ergibt sich demnach **kein Konflikt**.

Infrastruktur: Ver- und Entsorgung

Notwendige Maßnahmen zum Schutz umliegender Leitungsverbindungen sind:

- Verlegung einer Kabeltrasse der Telekom, ggf. einer unterirdischen Stromkabelverbindung
- Beachtung der Telefon-, Wasser- und Stromleitungen entlang der Abbaugrenze

Verteidigung

Verteidigungsanlagen sind vom Vorhaben nicht betroffen weswegen der Raumfaktor nicht betrachtet wird.

Leinfelden-Echterdingen, den 30.08.2016/09.01.2018

.....
(Dipl.-Geol. A. Dörr)

.....
(Dipl.-Biol. L. Schmelzle)